

232. Sitzung des Grossen Gemeinderates

01. Dezember 2014, 14:15 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Didier Bieri, GGR-Präsident
Anwesende Mitglieder	<p>BDP Patrick Bürchler Heinz Egli Silvia Egli Martin Peter</p> <p>EDU Benjamin Carisch</p> <p>EVP Andreas Bürki Anna Fink Jürg Leuenberger</p> <p>FDP Reto Gerber Rolf Schmutz Monika Wenger Rino Werren</p> <p>FS/ GLP Louise Bamert René Barben Ueli Haldimann Pia Hutzli Matthias Maibach</p> <p>GS Dani Brügger Nadja Keiser Anna Katharina Zeilstra</p> <p>SP Christine Bernet Ruedi Bernet Didier Bieri Irma Grandjean Walter Holderegger André Sopranetti Albert Trummer</p> <p>SVP Alfred Dummermuth Andreas Grünig Hans Leuthold Jürg Staudenmann Rudolf Thomann Ueli Zimmermann Peter Zurbrügg Markus Zurbuchen</p>
Anwesend zu Beginn	35 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Vertreter Jugendrat	--

Sekretär	Konrad Sigrist	
Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peternell Jürg Spielmann Adrian Wüthrich	Berner Oberländer Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	15 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Christoph Hürlimann Monika Lanz Ursula Zybach	SVP SVP EVP FS FDP SP
Abteilungsleiter	Toni Balett, Abteilungsleiter Bildung Daniel Bock, Abteilungsleiter Soziales Stefan Christen, Abteilungsleiter Finanzen Renato Heiniger, Abteilungsleiter Sicherheit Martin Wells, Abteilungsleiter Bau	
Entschuldigt	Markus Wenger (Kommissionssitzung Grosser Rat) Franz Arnold, Gemeindepräsident (Ferien)	EVP

ERÖFFNUNG

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, den Sekretär, den Protokollführer, die Abteilungsleiter, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 232. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Speziell begrüsst er Anna Katharina Zeilstra, welche zum ersten Mal an einer GGR-Sitzung teilnimmt. Er wünscht ihr viel Erfolg und Spass hier im GGR.

Traktandenliste

- 160 Protokoll der Sitzung vom 16. September 2014
- 161 Gemeindewerkhof / Ersatzbeschaffung Fahrzeug, Kreditabrechnung
- 162 Gebührenreglement / Revision
- 163 Gemeindevoranschlag 2015
 - a) NPM / Produktedefinitionen
 - b) Gemeindevoranschlag 2015
- 164 Informationen der Vizegemeindepräsidentin
- 165 Öffnungszeiten und Onlineschalter / Einfache Anfrage R. Werren (FDP)
- 166 Umfrage beim Gemeindepersonal zu möglichem Sparpotential / Einfache Anfrage B. Carisch (EDU)

- 167 Vernehmlassung Kantonaler Richtplan 2013 / Interpellation W. Holderegger (SP)
- 168 Erledigung parlamentarischer Vorstösse / Einfache Anfrage I. Grandjean (SP)
- 169 Task-Force zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung / Motion H. Egli (BDP)
- 170 Kosten/Nutzen/Sparpotenzial nicht zwingender Labels / Motion R. Werren (FDP)
- 171 Bahnhof Oberland Spiez / Motion SP-Fraktion (D. Bieri)
- 172 Bereinigung von vorschriftswidriger Tarifiereduktion bei Abwassergebühren / Motion A. Soprannetti (SP)
- 173 Wahlen
- a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2015
 - b) Geschäftsprüfungskommission
Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2015
- 174 Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

V e r h a n d l u n g e n

160 13 Protokoll

Protokoll der Sitzung vom 16. September 2014

Das Protokoll wird genehmigt.

161 4.911 Fahrzeuge

Gemeindewerkhof / Ersatzbeschaffung Fahrzeug, Kreditabrechnung

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Stellungnahme der Sachkommission Planung, Umwelt, Bau

Daniel Brügger: Die Sachkommission hat das Geschäft am 17. November 2014 bei der Bauverwaltung geprüft. Das Geschäft ist korrekt abgelaufen und es gibt keinen Grund dieses nicht zu behandeln.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 g) der Gemeindeordnung

beschliesst:

Die Kreditabrechnung betreffend Ersatzbeschaffung Fahrzeug des Gemeindewerkhofes mit Aufwendungen von Fr. 171'573.50 wird genehmigt.

162 1.12 Reglemente/Verordnungen

Gebührenreglement / Revision

Ausführungen des Gemeinderates

Jolanda Brunner: Den Unterlagen konnte entnommen werden, dass das Reglement gesamtüberarbeitet worden ist. Im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, welche der Gemeinderat in diesem Jahr vorgenommen hat, wurde festgestellt, dass das bestehende Gebührenreglement nicht sehr praktisch ist. Der Gemeinderat hat beschlossen, ein Gebührenreglement zu erstellen, welches die Grundzüge und zusätzlich eine Gebührenverordnung einzuführen, welche die Details regelt. Grundsätzlich wurde bestimmt, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen, mit der Ausnahme für einheimische Vereine. Auf eine Pauschalisierung der Gebühren soll weitgehend verzichtet werden. Die Gebühren sollen nach dem effektiven Aufwand verrechnet werden. Heute geht es darum, das Gebührenreglement zu verabschieden. Die Gebührenverordnung wird erst in Kraft gesetzt, wenn das Reglement verabschiedet ist.

Stellungnahme der GPK

Nadja Keiser: Sie hat das Geschäft zusammen mit Martin Peter geprüft. Statt einem schwerfälligen Gebührenreglement sollen neu zwei Teile eingeführt werden. Es soll neu ein Gebührenreglement mit den Grundzügen und eine Gebührenverordnung mit Detailregelungen geben. Das Reglement liegt in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates und die Verordnung in der Kompetenz des Gemeinderates. Die Verordnung kann relativ einfach durch den Gemeinderat an die aktuelle Situation angepasst werden. Es macht keinen Sinn, dass immer die Grundlagen angepasst werden müssen. Es gibt viele Gemeinden, welche dieses System kennen. Dem GGR wird keine Kompetenz weggenommen. Es ist schlanker und einfacher im Gebrauch. In der Verordnung gibt es Artikel, welche noch nicht bis ins letzte Detail geklärt sind. Die GGR-Mitglieder dürfen den Gemeinderat auf mögliche Fehler oder Unstimmigkeiten aufmerksam machen. Die Verordnung muss noch überarbeitet werden. Der GGR stimmt jedoch nur über das Reglement ab. Die Gebühren sollen transparent nach Aufwand abgerechnet werden. Gebühren dürfen jedoch nur maximal den Aufwand decken, diesen aber nicht übertreffen. Der Prozess ist gut abgelaufen und die wichtigsten Änderungen sind beschrieben. Die GPK empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

Rino Werren (FDP): Die FDP-Fraktion hat das Geschäft geprüft und festgestellt, dass dem GGR Kompetenz zugunsten des Gemeinderates und der Verwaltung weggenommen wird. Auf den ersten Blick war dies aus den Unterlagen nicht ersichtlich. Dies war nur in zwei kleinen Absätzen erwähnt. Der erste Punkt war im Antrag des Gemeinderates in Punkt zwei enthalten. Fairerweise

muss ausgeführt werden, dass dies dort korrekt beschrieben war. Weiter wurde diese Tatsache im Gebührenreglement erwähnt. In Art. 13 Abs. 2 wird dem Gemeinderat die Kompetenz für die Detailregelung der Gebührenhöhe erteilt. Man hat schon mehrmals gehört, dass die GGR-Mitglieder manchmal transparentere Unterlagen wünschen für solche Geschäfte. Dies war hier relativ verwirrend, da alles relativ ähnlich benannt ist. Deshalb hätte man sich hier gewünscht, dass das Wichtigste (Kompetenzenregelung) besser hervorgehoben würde. Für die FDP-Fraktion ist es ein wenig fragwürdig, dass man über ein Reglement abstimmen soll, welches viele Verknüpfungen zu einer Verordnung hat, welche nur als Entwurf gekennzeichnet ist. Dies ist für die FDP-Fraktion nicht ganz korrekt, steht aber hier nicht zur Debatte. Die FDP-Fraktion kann dem Geschäft eventuell zustimmen unter Berücksichtigung, dass die Effizienz gesteigert werden kann und man schneller auf die Veränderungen des Marktes reagieren kann. Er appelliert aus diesem Grund an den Gemeinderat, mit dieser Kompetenz behutsam, bürgerfreundlich und zukunftsorientiert zu handeln. Dies würde heissen, dass in der Gebührenverordnung ein paar Punkte zu überdenken sind. Dazu möchte die FDP-Fraktion zwei Beispiele als Gedankenanstoss nennen. Das erklärte Ziel ist weg von der Pauschalisierung, hin zur Verrechnung des effektiven Aufwandes. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Verrechnung des effektiven Aufwandes erhebliche Mehraufwendungen für die Verwaltung bringen wird. Man fragt sich, ob unter dem Strich mit diesen Mehraufwendungen auch Mehrerträge bleiben oder ob es ein Nullsummenspiel geben wird. Das einzig Berechenbare ist die Tatsache, dass dem Steuerzahler am Schluss mehr Geld aus der Tasche gezogen wird. Es wird geschätzt, dass bei der Gemeindeverwaltung fast ausschliesslich qualifiziertes Personal und Kaderleute arbeiten. Das ist sehr schön und dies kann sich nicht jede Gemeinde leisten. Dazu kann man die kritische Frage stellen, ob es psychologisch sinnvoll ist, die Angestellten in Kaderleute, qualifizierte Sachbearbeiter und Personal einzuordnen. Ist denn das normale Personal nicht qualifiziert? Wenn dem so wäre, stellt sich die Frage, warum man dieses angestellt hat. Von einer Personalabteilung wird erwartet, dass nur Leute angestellt werden, welche die nötige Qualifikation mit sich bringen, egal für welchen Job. Andererseits ist es sehr interessant zu erfahren, dass für das Aufstellen von Strassensignalisationen, qualifizierte Sachbearbeiter benötigt werden mit einem Stundenansatz von Fr. 100.00. Ob dies nur kostendeckend ist, sei dahingestellt. Reicht hier der Ansatz des normalen Personals für Fr. 80.00 nicht? Dies ist für ihn ein Rätsel. Für aufwändige Abklärungen / Arbeiten im Betreibungs- oder Konkursverfahren der Finanzverwaltung ist hingegen nur die Aufwandgebühr 1 (Fr. 80.00) vorgesehen. Man fragt sich, ob es überhaupt drei Kategorien braucht, oder ob wir ein Luxusproblem haben und nur qualifizierte Sachbearbeiter und Kader in Rechnung stellen. Wenn man von der Pauschalisierung weg kommen will, sollte man die Altlasten nicht in ein neues Reglement mitnehmen und dieses bürgerfreundlicher und zukunftsorientierter gestalten. Die FDP-Fraktion wünscht sich vom Gemeinderat, dass man auf die zwei genannten Fälle eine Antwort erhält, damit man weiss wie dies weiter aussehen wird.

Jürg Leuenberger (EVP): Die EVP-Fraktion findet die Anpassungen des Gebührenreglementes verhältnismässig. Die Veränderungen sind unter Berücksichtigung des Verursacherprinzipes vorgenommen worden ohne Einschränkungen des Service public. Die EVP-Fraktion empfiehlt, die Totalrevision des Gebührenreglementes zu genehmigen.

Allgemeine Diskussion

Jolanda Brunner: Die von der FDP-Fraktion aufgeworfenen Fragen können wie folgt beantwortet werden. Die Anregung betreffend die Kategorien des Gemeindepersonals wird aufgenommen. Der GGR wird orientiert, wann die Verordnung verabschiedet wird. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Verrechnung des effektiven Aufwandes nicht einen wahnsinnig grossen Mehraufwand der Verwaltung auslösen wird. Die Verwaltung wird dies pragmatisch lösen. Aus der GPK kam der Hinweis, dass die Mahngebühren nicht überall gleich verrechnet werden. Dies wird vom Gemeinderat ebenfalls noch angeschaut, bevor die Verordnung in Kraft gesetzt wird.

Detailberatung

Seite 4 (Art. 12 Besondere Fälle)

Patrick Bürchler (BDP): Es stellt sich die Frage, ob nicht auch kulturelle Anlässe (z. B. Läset-sunntig) in diesen Artikel aufgenommen werden könnten. Damit könnte man den Spiezer Vereinen etwas entgegenkommen. Dies als Anregung.

Jolanda Brunner: Dies wird heute bereits so gehandhabt, dass einheimische Vereine von günsti-geren Tarifen profitieren können. Der Läset-sunntig gilt als gemeinnützige Veranstaltung und liegt im Interesse der Spiezer Bevölkerung.

Beschluss (mit 35 : 0 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 39 c) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Die Totalrevision des Gebührenreglementes der Einwohnergemeinde Spiez wird ge-nehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 31 der Ge-meindeordnung.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

163 8.100 Finanzplanung, Voranschlag

Gemeindevoranschlag 2015

a) NPM / Produktdefinitionen

b) Gemeindevoranschlag 2015

Ausführungen des Gemeinderates

Investitionen / Abschreibungen 1990 - 2013 in Mio.

Ursula Zybach: Die Gemeinde Spiez blickt auf gesunde Gemeindefinanzen zurück. Die Investitio-nen der Jahre 1990 bis 2013 betragen Fr. 105.15 Mio. Im Durchschnitt wurden pro Jahr Fr. 4.38 Mio. an Investitionen getätigt. Die Abschreibungen betragen in dieser Zeit Fr. 108.76 Mio. bzw. Fr. 4.53 Mio. pro Jahr. Das bedeutet: Der Finanzhaushalt der Gemeinde Spiez ist über die letzten 24 Jahre ausgeglichen, weil die Nettoinvestitionen von Fr. 105.15 Mio. mittels Abschreibungen von 108.76 Mio. finanziert wurden und die Laufenden Rechnungen ausgeglichen oder mit einem Er-tragsüberschuss abgeschlossen haben.

Investitionen und Verschuldung in Mio.

Positiv ist der Verlauf der Schulden. Diese sind seit dem Jahr 2007 von Fr. 64.3 um rund 29 Mio. auf Fr. 35.5 Mio. gesunken. Einen wesentlichen Teil zu dieser Entwicklung haben sicher die Ver-käufe verschiedener gemeindeeigenen Liegenschaften wie z.B. Räumli und Gygerweg beigetra-gen. Seit dem Jahr 2011 wird das langjährige durchschnittliche Investitionsvolumen von Fr. 4.38 Mio. überschritten, was zu einem erhöhten Abschreibungsbedarf führt.

Negative Entwicklung Selbstfinanzierung und Finanzierungserfolg

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Selbstfinanzierung (resp. des Cash-Flows) zeigt, dass die Selbstfinanzierung kontinuierlich von 8.09 Mio. (2009) auf Fr. 770'000 im Jahr 2013 gesunken ist. In der gleichen Zeit sind die Investitionen laufend von 4.57 Mio. auf 7.98 Mio. im Jahr 2013 angestiegen. Die Differenz zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen ist der Finanzierungserfolg. In den Jahren 2009 – 2011 war dieser noch positiv, die Jahre 2012 und 2013 weisen einen negativen Finanzierungserfolg aus.

Drei Gründe, warum die Selbstfinanzierung laufend gesunken ist:

- Gestiegene Beiträge an die Lastenausgleichssysteme
- Steuergesetzrevision 2011 und Senkung der Steueranlage
- Verkauf Räumli.

Selbstfinanzierung 2005 – 2015

Die durchschnittliche Selbstfinanzierung der Jahre 2005 – 2015 beträgt Fr. 4.17 Mio. Ab dem Jahr 2012 liegen die Werte deutlich unter diesem Durchschnitt. In der Tendenz sollte die Selbstfinanzierung in den Budgetjahren 2014 und 2015 wieder ansteigen.

Gemeindesteuerertrag und Beiträge Lastenausgleichsbereiche

Zwischen den Jahren 2009 und 2013 ist der Steuerertrag um lediglich Fr. 0.2 Mio. angestiegen (Steuergesetzrevision, Steuersenkung um 0.2 Steuerzehntel). In der gleichen Zeit stiegen die Abgaben an die Lastenausgleichssysteme (Sozialhilfe, Lehrerbesoldungen, Ergänzungsleistungen, öffentlicher Verkehr und neue Aufgabenteilung) von Fr. 12.7 Mio. um Fr. 3 Mio. auf Fr. 15.7 Mio. Netto ist also der Handlungsspielraum oder die Selbstfinanzierung um Fr. 2.8 Mio. gesunken. Aufgrund der Planzahlen für die Jahre 2014 und 2015 zeichnet sich noch keine Trendwende ab. Vom gesamten Steuerertrag liefern wir im Jahr 2013 rund 55 % wieder an den Kanton für die Lastenausgleichssysteme ab – im Jahr 2009 waren es noch 45 %. Oder anders gesagt: vom Steuertrag von Fr. 2'360 pro Einwohner gehen Fr. 1'336 direkt wieder an den Kanton.

HRM 2

Die Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) per 1. Januar 2016 ist mit einem geschätzten Aufwand von rund 600 Stunden verbunden.

Weitere Tätigkeiten sind:

- Überprüfung der Spezialfinanzierungen auf deren Recht- und Zweckmässigkeit
- Einführen einer Anlagebuchhaltung aufgrund der neuen Abschreibungsmethodik
- Anpassen respektive Erstellen von zusätzlichen Anhängen in der Bilanz (Anlagespiegel, Eigenkapitalnachweis, Rückstellungsspiegel, Beteiligungs- und Gewährleistungsspiegel, etc.)

Insbesondere die neue Abschreibungsmethodik verlangt von der Politik eine Neuorientierung bezüglich der Selbstfinanzierung. Entsprechend müssen im kommenden Jahr den Behörden Informationen zu den Neuerungen zur Finanzhaushaltführung und Rechnungslegung zukommen. Ebenfalls müssen auch die Mitarbeitenden zu diesen Themen geschult werden. Der Gemeinderat wird per 31.12.2015 die Abschreibungsdauer für das „alte“ Verwaltungsvermögen festlegen. Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen kann er dieses zwischen 8 und 16 Jahren linear abschreiben. Je nach Wahl dieser Dauer wird das Budget 2016 mit dem doppelt oder halb so hohen Abschreibungsbetrag belastet. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Budgets 2016 gilt es die verschiedenen Variablen und Änderungen von HRM2 zu berücksichtigen. Es wäre unseriös, im jetzigen Zeitpunkt eine Aussage zu machen, wie das Budget 2016 aussehen wird.

Kanton

Der Bericht des Amtes für Gemeinden und Raumordnung über die Gemeindefinanzen des Jahres 2011 weist ein sehr positives Fazit aus: «Die Gemeinden im Kanton Bern weisen im 2011 mehrheitlich eine gute bis sehr gute Finanzlage aus.» Ausdruck dieses positiven Bildes ist, dass Ende 2011 nur noch eine einzige Gemeinde im Kanton Bern einen Bilanzfehlbetrag aufwies. Seit ein, zwei Jahren verstärken sich jedoch die Signale, dass es den Bernischen Gemeinden finanziell zunehmend schlechter geht. Die «Fieberkurve» steigt. Als Hauptgründe für die sich verschärfende Situation werden einerseits die Kostensteigerungen bei den so genannten Lastenverteilern – Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, öffentlicher Verkehr, Lehrergehälter – und andererseits stagnierende Steuererträge genannt.

Kostensteigerungen Verbundaufgaben

In der Tat stellen wir fest, dass die Kostenanteile der Gemeinden bei den Lastenverteilern Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und öffentlicher Verkehr seit dem Jahr 2011 um rund 200 Franken pro Einwohner zugenommen haben. Im Durchschnitt entspricht dies einer Kostensteigerung von rund **eineinhalb Steuerzehnteln**. Diese Aufgaben werden vom Kanton und den Gemeinden gemeinsam finanziert, Kanton und Gemeinden sitzen somit im gleichen Boot. Bei den Lastenverteilern sehen wir uns grösstenteils mit Entwicklungen konfrontiert, welche weder der Kanton noch die Gemeinden direkt beeinflussen können. Bei der Sozialhilfe fällt vor allem die auf Bundesebene beschlossene neue Pflegefinanzierung stark ins Gewicht. Die Ergänzungsleistungen schnellen in die Höhe, weil der Anteil der älteren und pflegebedürftigen Menschen zunimmt. Einzig beim öffentlichen Verkehr kann man sagen, dass Kanton und Gemeinden mehr Leistungen „bestellt“ haben und nun auch die entsprechenden Mehrkosten finanzieren müssen.

Mindererträge Steuergesetzrevision

Zurückhaltende Wirtschaftsentwicklung, nur mässig steigende Einkommen, die geringe Teuerung sowie das weiterhin tiefe Zinsniveau – dies sind alles Gründe für dieses Nullwachstum. Ein Teil ist jedoch auch „hausgemacht“: Wir – und damit ist die gesamte Berner Bevölkerung gemeint – haben uns in jüngster Vergangenheit auch Steuerentlastungen „geleistet“. Die Steuergesetzrevision 2011/2012 beziehungsweise der vom Berner Volk im September 2012 angenommene Gegenvorschlag zur Initiative „Faire Steuern – für Familien“ haben beim Kanton und den Gemeinden zu Einnahmefällen von über 300 Millionen Franken geführt. Für die «Durchschnittsgemeinde» entspricht der Ausfall etwas über 100 Franken pro Einwohner oder ungefähr ein Steuerzehntel.

Haushaltsverschlechterungen 2011-2014

Steuergesetzrevision und Kostensteigerungen bei den Lastenverteilern ergeben für eine «Durchschnittsgemeinde» Haushaltsverschlechterungen von über 300 Franken pro Einwohner oder **mehr als 2 Steuerzehntel**.

Verkleinerung Handlungsspielraum

Gesamtsituation: Durch die Steuererträge welche seit 2009 praktisch stagniert haben und die Gemeindeanteile bei den Lastenverteilern, welche deutlich zugenommen haben, hat sich entsprechend der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinden in den vergangenen Jahren spürbar verkleinert.

Total Lastenanteil Gemeinden – Prognose

Wir gehen davon aus, dass die Lastenanteile von 2014 auf 2015 hin leicht zurückgehen und dann einigermassen stabil bleiben. Diese Entwicklung hat zwei Gründe:

Erstens wird der Anteil der Gemeinden beim Lastenausgleich Aufgabenteilung aufgrund der nun definitiv vorliegenden Zahlen beim Erwachsenen- und Kinderschutz nach unten korrigiert.

Zweitens wirken sich die Massnahmen der Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP 2014 im Sozialhilfebereich sowie bei den Lehrergehältern stabilisierend auf die Gesamtentwicklung aus. Die ASP-Massnahmen in diesen Bereichen helfen, die nach wie vor erwarteten Kostensteigerungen beim öffentlichen Verkehr und bei den Ergänzungsleistungen einigermaßen aufzufangen. <http://be-asp.budget.opendata.ch/>

ASP Steuern

ASP sieht zwei Massnahmen im Steuerbereich vor, welche sich auch positiv auf die Gemeindefinanzen auswirken werden.

- Aufhebung Berufskostenpauschale
- Begrenzung Fahrkostenabzug

Vergrosserung Handlungsspielraum

Die erwartete Entwicklung bei den Lastenverteilern, wie sie bereits gezeigt wurden, und bei den Steuererträgen lässt hoffen, dass sich in den kommenden Jahren der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinden wieder etwas erhöhen wird.

Gemeinderat

Die Finanzen sind bei jedem Geschäft ein Thema. Längst nicht alle **Anträge**, die gestellt werden, werden auch bewilligt. Nicht immer können und wollen wir dies öffentlich kommunizieren. Ein Beispiel, das auch in der Presse zu lesen war: Hallenbad Aeschi, hier haben wir die Beiträge nicht wie gewünscht erhöht.

Investitionen werden nur getätigt, wenn sie mit den neuen strategischen Zielen übereinstimmen und auch die Folgekosten finanzierbar sind.

Im vergangenen Jahr wurde die **Lohnerhöhung** bei den Personalkosten auf 0.75% festgelegt und nicht wie in den Vorjahren auf 1.5% und auch nicht wie der Durchschnitt im Kanton Bern auf 2%. Solche Entscheide sind immer auch ein Spagat, denn gemäss den strategischen Zielen will die Gemeinde eine attraktive Arbeitgeberin sein – und wir wissen, dass unsere Löhne im Vergleich zur Privatwirtschaft oder im Vergleich zum Kanton nicht sehr hoch sind.

Ablauf der **Erstellung des Budgets**: Die Verantwortung liegt beim Gemeinderat. Die Finanzkommission ist das vorberatende Organ und ihre Meinung, Haltung und Überlegung fliessen in die Diskussion im Gemeinderat ein. Die Details zur Entstehung wie auch die vielen anderen Details können dem Voranschlag entnommen werden.

Ausblick und Fazit

Der Gemeinderat will seine Führungsverantwortung weiterhin wahrnehmen. Im Speziellen soll der finanzielle Spielraum der Gemeinde nachhaltig verbessert werden. Dies bedeutet eine laufende Überprüfung der verschiedenen Führungsinstrumente mit dem Ziel, dass die Gemeinde Spiez mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt ausweist.

Investitionen sollen nur getätigt werden, wenn sie mit den Strategischen Zielen übereinstimmen und auch die Folgekosten finanzierbar sind.

Antrag Gemeinderat

Der Gemeinderat beantragt, dem Gemeindevoranschlag 2015 mit den 14 Produktgruppenbudgets zuzustimmen.

Stellungnahme der GPK

Jürg Staudenmann: Die GPK hat das Budget an der Sitzung vom 19. November 2014 behandelt. Vorgängig haben er und Andreas Bürki die Unterlagen und den Ablauf bei Stefan Christen besprochen. Die GPK konnte feststellen, dass der Prozess ordnungsgemäss erfolgt und abgelaufen ist. Am 1. April 2014 sind die Ziele und Vorgaben durch die Finanzkommission beraten worden. Am 22. April 2014 sind diese Ziele vom Gemeinderat verabschiedet worden. Am 2. Mai 2014 ist der Brief mit den Zielsetzungen an die Budgetverantwortlichen und Kommissionen verschickt worden. Am 26. August 2014 erfolgte die Beratung des Budgets in der Finanzkommission. Am 8. September und am 27. Oktober 2014 erfolgte die Beratung und Beschlussfassung des Budgets 2015 durch den Gemeinderat zuhanden des GGR. Das Budget ist übersichtlich dargestellt und die farbigen Pfeile zeigen den Vergleich zu den Vorjahren. Der Gemeindevoranschlag 2015 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2.08 Mio. Die Nettoinvestitionen können zu 77.61 % aus eigenen Mitteln finanziert werden. Das Defizit ist vor allem in den gestiegenen Aufwendungen in den Lastenausgleichssystemen Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, öffentlicher Verkehr, Lehrergehälter und neue Aufgabenverteilung zu finden. Die GPK dankt allen am Budgetprozess Beteiligten und vor allem Stefan Christen für die Arbeit. Es ist nicht einfach, Zukunftsprognosen im Finanzumfeld abzugeben. Die GPK empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

Ulrich Zimmermann (SVP): Er hat ein Portemonnaie in der Hand, ein grosses und wenn man hineinschaut kommen einem die Tränen. So erging es der SVP-Fraktion als sie dieses Budget beraten hat. Bei einer solch düsteren Prognose würde jeder Haushalt oder Betrieb die Notbremse ziehen. Man vermisst die Vorschläge des Gemeinderates zum Verzicht im Budget. Der SVP-Fraktion fehlt der politische Wille, Spiez in eine gesunde finanzielle Zukunft zu führen. Man ortet klare Gründe für eine Verschlechterung der Finanzen. Es liegt aber in der Natur des Menschen, wenn es schlecht läuft, diese Gründe ausserhalb und nicht bei sich selber zu suchen. Die SVP-Fraktion ist nur zur Hälfte der Ansicht, dass äussere Ursachen für die Schiefelage der Spiezer Finanzen zuständig sind. FILAG ist schon bald ein Reizwort für Kommunalpolitiker. Einfach mehr Einzahlen ohne Mehrleistungen zu erhalten, ist starker Tabak. Wo sind die Grossrätinnen und Grossräte, um die Interessen der Gemeinden zu vertreten? Ursula Zybach und Markus Wenger werden gebeten, sich zusammen mit ihren Fraktionen für die Anliegen der Gemeinden und insbesondere für Spiez einzusetzen. Das Spiezer Parlament fällt nicht aus dem Rahmen. Seit Jahren wird Schönwetterpolitik betrieben. Kredit um Kredit wird genehmigt, zum Teil mit erheblichen Auswirkungen auf die laufende Rechnung. Seit er hier dabei ist, mag er sich nicht daran erinnern, dass hier im Parlament auf etwas verzichtet wurde. Die SVP-Fraktion hat des Öfteren gemahnt, dass es so nicht weitergehen kann. Doch die Anträge wurden sang und klanglos von diesem Parlament nach demokratischen Spielregeln versenkt. Ob diese Medizin für Spiez gut war, bleibt zu bezweifeln. Unter Verantwortung wahrnehmen, versteht die SVP-Fraktion etwas anderes. Wir können nicht einfach nur Geld verteilen und auf Wählerstimmen hoffen. Es ist einfach fremdes Geld auszugeben. Alle zahlen mit, niemand ist so recht verantwortlich dafür. Dies ist ohne Zweifel Schönwetterpolitik. Dafür braucht es keinen Mut und kein Rückgrat, dies kann jeder. Aber einmal Halt zu sagen, fällt viel schwerer und könnte Konsequenzen haben. Dies braucht Mut und Konsequenzen hat niemand gerne. So stellt die SVP-Fraktion klar fest, dass weder das Parlament noch der Gemeinderat seine Führungsverantwortung bezüglich der Spiezer Finanzen wahr genommen hat. Als Einwand könnte nun ausgeführt werden, dass der Souverän die Bibliothek oder die definitive Weiterführung der SMAG angenommen hat. Dies stimmt und wird als Demokrat so angenommen. In der Regel folgen die Wähler aber den Entscheidungen des Parlamentes. Wen wundert's, wenn die Resultate dann so ausfallen. Die SVP-Fraktion lehnt das Budget 2015 ab. So geht es nicht. Wir können nicht als Volksvertreter ein solch negatives Budget genehmigen. Für so etwas sind wir nicht gewählt. Dies ist nicht enkeltauglich, wie dies eine hier anwesende Fraktion immer wieder betont.

Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass wir noch Spielraum zum Verzicht haben. Lieber freiwillig verzichten als sparen. Zum Glück ist im Budget noch einiges an Reserven vorhanden, auf welche wir freiwillig verzichten können, wenn wir wollen. Eine allfällige Steuererhöhung kann die SVP-Fraktion nicht unterstützen und wird sich mit allen demokratischen Mitteln wehren, solange das Parlament und der Gemeinderat nicht bereit sind zu verzichten. Obschon der SVP immer wieder vorgeworfen wird, dass sie alles bekämpft ohne eigene Ideen zu bringen, präsentiert die SVP-Fraktion hier einige Vorschläge zum Verzicht. Folgende Aufzählung ist aber unvollständig und es gibt sicherlich noch viele weitere Positionen, welche in der Summe viel Geld ausmachen. Dazu muss jedoch das Budget sehr genau und ohne Scheuklappen analysiert und Wünschbares vom Notwendigen getrennt werden. Hier die Vorschläge zum Verzicht:

- Der Leistungsvertrag mit der Kantonspolizei kann gekündigt werden. Dies ist kein Muss. Die Gemeinden Lyss und Köniz haben diesen auch nicht mehr. Die Grundversorgung muss gewährleistet werden und zusätzliche Leistungen können eingekauft werden.
- Die Seebuslinie ist defizitär und kostet pro Jahr einige Fr. 10'000. Für die Nutzer ist dies ein sehr bequemes Angebot, aber liegt im Schönwetterbereich. Es gibt in der Bucht viele Parkplätze und Taxiunternehmer benötigen mehr Gäste. Ausserdem gibt es noch das Spiezer Zügli. Für die Umwelt kommt auch ein Fussmarsch oder das Velo in Frage.
- Soziales: Die SVP-Fraktion stellt fest, dass in der heutigen Gesellschaft die Eigenverantwortung immer mehr in den Hintergrund tritt. Heute wird bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf die öffentlichen Angebote und Dienstleistungen hingewiesen. So wird der Mensch Schritt für Schritt an eine Vollkasko-Mentalität gewöhnt, ohne dass Eigeninitiative und Kreativität gefordert werden. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, welche unsere Gesellschaft belastet und letztlich nicht mehr finanzierbar wird. Niemand ist verantwortlich. Gemeinde, Bund und Staat helfen und zahlen. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung, wenn man an die Menschen denkt, welche mit Mut und Entschlossenheit unseren Bundesstaat gegründet haben. Die Gemeinde will nun noch eine Anlaufstelle für Senioren schaffen und unterstützen. Dies kostet nicht viel am Anfang. Aber nur am Anfang, wenn das Angebot definitiv eingeführt wird, werden wir sehen was es kostet. Er kennt viele aktive Seniorinnen und Senioren, welche keine solche Anlaufstelle benötigen. Für diejenigen Personen, welche Unterstützung benötigen, haben wir bereits ein genügend breites Angebot (Pro Senectute, Frauenverein, Angehörige etc.). Für die SVP-Fraktion gilt: wehret den Anfängen und verzichten wir auf weitere Abhängigkeiten vom öffentlichen Tropf.
- Energie: Spiez ist bekanntlich Energiestadt und macht mit beim Beakom. Dies mag schön und gut sein. Doch der Übereifer der Ökofreunde kostet uns viel Geld und ist auch nicht unbedingt ein Muss. Warum muss die Gemeinde noch zusätzliche Subventionen ausrichten, wenn dies der Kanton bereits macht. Warum ein detailliertes Energiemonitoring, welches die Verwaltung beschäftigt. Warum Gebäude in teurem Minergiestandard bauen und renovieren. Warum eine Fernheizung bauen, wenn die Energie bald mehr kostet und eventuell bald nur mit Gas betrieben wird. Dies wissen wir nicht so genau. Technische Probleme erschweren den Anschluss wie zum Beispiel das Gemeindezentrum Lötschberg. Auch hier reicht die Eigeninitiative von Privaten. Er baut selber Jahr für Jahr alternative Heizungs- und thermische Solaranlagen für Private, Unternehmen und Institutionen. Schönwetterpolitik auf welche man verzichten kann, ohne dass die Welt untergeht. Die Bürger haben begriffen, dass die Zeit für solche Projekte reif ist ohne Unterstützung der öffentlichen Hand.
- Lohn: Im Budget ist ein Betrag für individuelle Lohnanpassungen für das Personal vorgesehen. Wenn ein Betrieb rote Zahlen schreibt und die Kasse leer ist, ist der bisherige Lohn das Mass aller Dinge. Der Teuerungsausgleich ist keine Frage, wenn nötig ja. Aber andere Experimente, nein danke. Zuerst muss die Kasse ins Lot gebracht werden, dann kann wieder darüber diskutiert werden. Eine Lohnerhöhung bedeutet auch immer Druck auf das Personal. Sonst sind die Kosten zu hoch. In der Privatwirtschaft wird eine Stelle sehr geschätzt, auch wenn der Lohn einmal gleich bleibt und nicht steigt. Für die SVP-Fraktion ist eine Lohnerhöhung im 2015 ein „No-Go“. Zu einem späteren Zeitpunkt kann wieder darüber diskutiert werden. Mit den zukünftigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden die Löhne eher sinken. Die Gefahr ist sehr real.

Auf folgende Posten soll nicht verzichtet werden:

- Gebäude- und Strassenunterhalt: Hier zu sparen wäre völlig falsch. Infrastrukturen können nicht weggezaubert werden, diese haben wir und müssen unterhalten werden. Sonst stehen unsere zukünftigen Generationen und Enkel vor einem Scherbenhaufen. Wenn das Parlament dies will, ist es ein Entscheid von grosser Tragweite. Die SVP-Fraktion will die Infrastrukturen erhalten.

Die SVP-Fraktion sagt nicht nur nein, sondern macht auch unpopuläre, sachliche, pragmatische und umsetzbare Vorschläge zum Verzicht. Es wird aber befürchtet, dass dem Parlament die Gunst der Wähler näher liegt und deshalb nicht bereit ist zu verzichten. Aber dann ist man mitverantwortlich für eine unumgängliche Steuererhöhung, welche die SVP-Fraktion nicht mittragen und mit allen Mitteln bekämpfen wird. Wagen wir es gemeinsam zu führen und zu entschlacken. Die SVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die Erarbeitung des Budgets.

Pia Hutzli (FS/GLP): Das Budget 2015 sieht nicht so rosig aus. Die FS/GLP-Fraktion anerkennt jedoch, dass der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung versucht hat beim Budget 2015 Einsparungen oder Rückstellungen vorzunehmen, wo dies möglich war. Das Möglichste wurde gemacht. Auch wenn das Budget 2015 einen Aufwandüberschuss von über Fr. 2 Mio. aufweist, macht es keinen Sinn den Kopf zu verlieren und rot zu sehen. Eine Rückweisung wäre ein Desaster. Die Gemeinde wäre blockiert und könnte nicht handeln. Die FS/GLP-Fraktion wird deshalb dem Antrag des Gemeinderates folgen. Es kann aber so nicht weitergehen. Spiez steckt in einem Dilemma. Die Gemeinde muss sich entwickeln und deshalb investieren. Auf der anderen Seite darf Spiez nicht noch mehr in die roten Zahlen abdriften. Dazu ist der Gestaltungsspielraum sehr gering. Dies haben die Ausführungen von Ursula Zybach sehr gut gezeigt. Für die Planung des nächsten Budgets muss entweder gespart oder mehr Einnahmen generiert werden. Sparen heisst verzichten auf Dienstleistungen der Gemeinde (z. B. keine Gratisstunde beim Parkieren oder weniger Schnee räumen etc.). Wollen wir aber auf diese Dienstleistungen verzichten? Wenn Nein, bleibt uns wohl oder übel nur eine Steuererhöhung übrig. Die FS/GLP-Fraktion stimmt dem Budget zu, wünscht sich aber, dass für den nächsten Budgetprozess ein Abbau der Dienstleistungen oder eine Steuererhöhung in die Wege geleitet wird.

Albert Trummer (SP): Wir sprechen meistens von einem strukturellen Defizit und sind der Ansicht die Gründe bei höheren Beiträgen an den Kanton zu finden. Tatsächlich bezahlt die Gemeinde Spiez mehr in den Lastenausgleich FILAG. Ist dies so überraschend gekommen, wie dies mindestens ein Teil hier im Parlament der Ansicht ist? Er schaut kurz einige Jahre zurück. Es handelt sich um Auszüge aus genehmigten Protokollen von GGR-Sitzungen:

- Im Jahr 2010 warnt die EVP-Fraktion bei der Budgetdebatte vor einer Steuersenkung. Die SP-Fraktion erwähnt, dass die Liegenschaftsverkäufe die Rechnung entlastet und aufgebessert hat. Die FDP-Fraktion ortet bereits strukturelle Probleme.
- Im 2011 hat der Grosse Rat (bürgerlich dominiert) das Gesetz über den FILAG genehmigt.
- Im September 2011 hat der GGR über das Budget debattiert. Die Auswirkungen des FILAG betragen 0.04 Steuereinheiten. Der Steuersatz für Spiez wäre bei 1.71 gewesen. Weil sich einige Parlamentarier für Steuersenkungen eingesetzt haben, hat der Gemeinderat eine Senkung von 1.67 auf 1.65 vorgeschlagen und das Budget auf dieser Grundlage erarbeitet. Es wird mit einer Zunahme von Steuererträgen gerechnet. Die EVP, GS und die SP sprechen sich für die Beibehaltung von 1.67 aus. Der Sprecher der GS erklärt, dass die Beibehaltung von 1.67 bereits eine Steuersenkung mit Mindereinnahmen von rund Fr. 600'000.00 beinhaltet. Er ist sich nicht sicher, ob sich dies die Gemeinde Spiez leisten kann. Der Sprecher der FDP-Fraktion führt aus, dass es sich um ein mutloses Gejammer der SP handelt. Er ist froh, dass die FDP nun einen anderen Standpunkt vertritt. Die Folgen sind, dass die Gemeinde Jahr für Jahr mehr Steuern eingezogen hat, als für die notwendigen Aufgaben nötig gewesen wären. Die FDP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass es dringend nötig ist, die Steuern zu senken und die notwendigen Ausgaben anzupassen. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den Steuersatz von 1.65. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass eine moderate Steuersenkung ohne Problem ver-

kraftbar sei. Mit 18 : 16 Stimmen wurde die Steuersenkung angenommen (Leider, steht nicht im Protokoll).

- Im Juni 2012 reicht die SVP-Fraktion eine Motion für eine Steuersenkung von 1.65 auf 1.59 ein. Die SP-Fraktion wehrt sich und weist darauf hin, dass FILAG für eine Gemeindegrösse von Spiez immer eine Mehrbelastung bedeutet. Es wird ausdrücklich vor weiteren Steuersenkungen gewarnt. Die SVP-Fraktion erwähnt, dass die Stimmberechtigten die Steuersenkung im Herbst 2011 mit 84 % Ja angenommen hat. Dies zeige klar, dass die Steuerpflichtigen nur so viele Steuern zahlen wollen wie nötig sind (Wie viel denn sonst, steht nicht im Protokoll).
- Im September 2012 wurde die Senkung der Motorfahrzeugsteuer angenommen. Dies macht rund Fr. 100 Mio. Mindereinnahmen für den Kanton aus.
- Im November 2012 steht im Protokoll des GGR, dass die SVP-Fraktion die Motion für eine Steuersenkung wieder zurückgezogen hat. Der FDP-Sprecher freut sich im nächsten Jahr zusammen mit der SVP für eine Steuersenkung zu kämpfen, sobald das Ergebnis der Rechnung 2012 vorliegt. Hat er wohl verpasst, dass die SVP die Motion gerade zurückgezogen hat.
- Im Juni 2013 schliesst die Jahresrechnung 2012 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 39'000.00 ab, nachdem noch Fr. 600'000.00 zusätzlich abgeschrieben werden konnten.
- Im November 2013 wird das Budget zum ersten Mal nach neuem NPM-Modell vorgestellt. Ursula Zybach macht eine ausführliche Darlegung der Gemeindefinanzen. Eine Steuererhöhung soll aus Sicht des Gemeinderates erst in Angriff genommen werden, wenn das in der Rechnung 2014 prognostizierte Defizit auch eintritt und sich die Finanzaussichten nicht verbessern (frühestens im Jahr 2016). Die SVP-Fraktion zeigt sich erfreut, dass erst im Jahr 2016 über eine Steuererhöhung gesprochen werden soll. Sie will sich bei der Abstimmung über das Budget der Stimme enthalten. Sie hat also keine Meinung zum Budget (steht nicht im Protokoll). Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, dass er eine Aufgabenüberprüfung vornehmen will und hofft auf Sparmassnahmen. Im Protokoll hat er keine Aussage gefunden, dass die FDP und die SVP in diesem Jahr für eine Steuersenkung kämpfen wollen. Das Budget 2014 wird mit einem prognostizierten Fehlbetrag von Fr. 2.4 Mio. von 28 GGR-Mitgliedern genehmigt. Anwesend waren 36 Mitglieder, 8 Mitglieder haben ihre Hände im Schoss behalten.

In seinem Eifer will er die SVP und die FDP nicht als Esel bezeichnen. Er möchte aber ein Beispiel von einem Eselbesitzer erzählen: Dieser jammerte überall, wie viel dieses Vieh fresse. Dies müsse diesem Esel abgewöhnt werden. Ein halbes Jahr später sprach ihn einer an, wie es diesem Esel nun gehe. Da sagte dieser, dass es nicht gut gekommen sei. Der Esel sei gestorben, nachdem er ihm nichts mehr zu Fressen gegeben habe. Genehmigen wir nun dieses Budget mit einem strukturellen Defizit und warten darauf, dass im nächsten Jahr jemand ohne mutloses Gejammer um eine Steuererhöhung kämpft. Die strukturellen Probleme sitzen hier im Rat. Um einer Erhöhung der Beiträge an das FILAG gerecht zu werden, wäre ein Steuersatz von 1.71 nötig. Die SP-Fraktion wird sich nicht der Stimme enthalten. Sie hat eine Meinung und wird diesem zustimmen.

Andreas Bürki (EVP): Die EVP-Fraktion macht sich auch Sorgen um das Budget und die finanzielle Entwicklung. Nach dem Rechnungsabschluss 2013 und dem Voranschlag 2014 droht uns bereits das dritte 2 Mio. Loch in Folge. Am meisten kosten uns die Beiträge in den kantonalen Lastenausgleich, auf welche wir keinen Einfluss nehmen können. Zahlreiche Veränderungen, wie dies Ursula Zybach ausgeführt hat, lassen keine sichere Prognose für die Zukunft unserer Gemeindefinanzen zu. Allerdings wäre es nicht ehrlich, wenn wir die angespannte Finanzsituation nur beim Kanton suchen. Einige Verschlechterungen hat auch der Rat hier in den letzten Jahren verursacht. Zu diesen Entscheidungen gehört auch eine Steuersenkung in einem ungünstigen Moment. Der EVP-Fraktion ist es wichtig, dass sich die Gemeinde nicht zulasten der nächsten Generationen weiter verschuldet. Sie wird dem Budget 2015 zustimmen, verlangt aber vom Gemeinderat und den Verantwortlichen der Verwaltung, dass sie erstens mit aller Kraft dafür sorgen, dass der ausgewiesene Finanzierungsfehlbetrag von rund Fr. 730'000.00 nicht eintritt. Dieses Ziel ist realistisch und erfüllbar, da die tatsächlichen Mehrausgaben nur 1 % des gesamten Haushaltsbudgets betragen. Eine lineare Kürzung wird als ungerecht betrachtet und es wird deshalb auch kein Antrag gestellt. Es wird aber darauf vertraut, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Zum zweiten Punkt und dem geplanten runden Tisch im Januar 2015 sowie mit Anpassungen von Einnahmen und Ausgaben erwartet die EVP-Fraktion in Zukunft Voranschläge ohne Finanzierungsfehlbeträge. Die ordentlichen Ausgaben sollen nicht zu einer höheren Verschuldung führen. Bei Sparmassnahmen soll

eine langfristige Sichtweise angelegt werden. Kurzfristige Abstriche bei Bildung, Prävention führen längerfristig nicht zu einer gesunden Finanzstruktur und werden von der EVP-Fraktion abgelehnt. Man dankt dem Gemeinderat für die Aufnahme dieser Anliegen und hofft, dass man sich danach richtet.

Martin Peter (BDP): „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“ Wir leben in Spiez in einer Zeit von Wohlstand und Überfluss. Deshalb erstaunt es, dass wir unser stolzes Vermögen in so kurzer Zeit in den Sand gesetzt haben. Dem Gemeinderat und vielen von uns war seit 2011 bekannt, dass uns das FILAG rund einen Steuerzehntel kosten wird. Dies ist nicht neu. Im Jahr 2012 hat der Kanton bei den Gemeinden eine Umfrage durchgeführt, warum auf eine Weitergabe der Mehrbelastungen verzichtet wird. Es wurde geantwortet, dass man aus finanzpolitischer Sicht auf eine Steuererhöhung verzichtet oder der politische Wille, dass die Steueranlage tief gehalten wird oder dass man ein hohes Eigenkapital und gute Rechnungsabschlüsse in den Vorjahren aufweist oder dass man ausserordentliche Einnahmen generieren konnte. Dies sind Aussagen von Gemeinden, welche auf die Weitergabe von Mehrbelastungen an die Steuerpflichtigen verzichtet haben. Wir dürfen auch nicht dem bösen Kanton die Schuld in die Schuhe schieben, dass es uns so ergangen ist. Die Gemeinde Spiez ist weder bedürftig noch schlecht strukturiert, so dass wir aus dem FILAG keine Gelder erhalten. Die kleinen Steuerreduktionen haben, nicht so viel ausgemacht. Aber er ergänzt zum Votum von Albert Trummer, dass es einmal eine Initiative für „faire Steuern für Familien“ gab. Diese wurde durch die SP, GS und der EVP lanciert. Diese hat auch einen Steuerzehntel gekostet. Hier hat auch die BDP des Kantons Bern hingewiesen, dass dies nicht gut kommt und das Geld fehlen wird. Man kann schon auf den Wahlprospekten und –plakaten von Steuergeschenken und Steuerreduktionen sprechen. Aber wo und bei wem soll man sparen ohne dass es weh tut. „Man kann keinen Bären waschen ohne dass das Fell nass wird.“ Deshalb will die BDP-Fraktion im Januar 2015 beim runden Tisch hören, wo genau gespart werden kann. Man darf nicht nur immer von Steuersenkungen sprechen. Deshalb wird die BDP-Fraktion die gelbe Karte gegen das Budget 2015 erheben. Gleichzeitig wird der Verwaltung für die umsichtige Arbeit gedankt. Der Gemeinderat wird zu weitsichtigem Handeln ermahnt.

Rolf Schmutz (FDP): Nach dem schlechten Rechnungsergebnis 2013 kommt wie befürchtet das Budget 2015 wieder mit einem Defizit von Fr. 2.075 Mio. daher. Es muss erneut festgestellt werden, dass die wenig beeinflussbare Position „Eigene Beiträge“ wieder angestiegen ist (um Fr. 1.67 Mio. oder 8 % gegenüber dem Budget 2014). Die enorme Aufwandsteigerung ist vor allem auf die höheren Beiträge an private Haushalte Sozialhilfe sowie an Kantonsbeiträge im Lastenausgleich zurückzuführen. Diese sind in den letzten Jahren massiv angestiegen. Die vor zwei Jahren beschlossene, bescheidene Steuersenkung von 2 Steuerhundertsteln ist nicht verantwortlich für dieses Defizit, wie dies der Vertreter der SP-Fraktion behauptet hat. Die Kürzungen im Voranschlag 2015, welche die Finanzkommission dem Gemeinderat beantragt hat, war mit über Fr. 1 Mio. sehr beachtlich. Die FDP-Fraktion ist deshalb froh, dass man bei der Revision der Gemeindeordnung die Finanzkommission nicht wie vorgesehen abgeschafft hat. Alles Gejammer über den Lastenausgleich nützt nichts. Spiez muss die Kostenseite weiter optimieren. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist das Sparpotenzial noch nicht voll ausgeschöpft. Es wird aber anerkannt, dass sich sowohl der Gemeinderat und auch die Verwaltung Mühe geben, die Kosten zu optimieren. Leider mit wenig Erfolg. Der GGR muss ebenfalls Verantwortung übernehmen und keine Ausgaben mehr beschliessen, welche für die Erfüllung von Gemeindeaufgaben nicht absolut nötig sind. Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat trotz düsterer Aussichten nicht panikartig eine sofortige Steuererhöhung fordert und statt dessen das Rechnungsergebnis 2014 abwartet. Erst wenn alle Sparmöglichkeiten ausgelotet sind und wenn sich der Steuerertrag durch Neuzuzüger nicht verbessert, erst dann kann eine Steuererhöhung ins Auge gefasst werden. Wir müssen uns aktiver um Neuzuzüger und neue Firmen bemühen. Ein Nein zum Gemeindevoranschlag findet die FDP-Fraktion zu riskant. Dies wäre wenig konstruktiv. Ohne rechtskräftiges Budget könnte die Gemeindeverwaltung nicht mehr effektiv arbeiten. Gemäss Gemeindeverordnung darf die Gemeinde ohne rechtskräftiges Budget nur unumgängliche Verpflichtungen eingehen insbesondere gebundene Ausgaben.

Deshalb kann die FDP-Fraktion dem Budget 2015 nur mit gemischten Gefühlen zustimmen. Man ist aber der Ansicht, dass das Budget 2016 klar anders daherkommen muss, sonst ist eine Ablehnung vorprogrammiert. Die FDP-Fraktion dankt Stefan Christen und seinem Team für die grosse Arbeit.

Allgemeine Diskussion

Walter Holderegger: Der theatralische Auftritt von Ulrich Zimmermann, mit dem Portemonnaie des Läsetsunntigs die Gemeinde zu vergleichen, ist fast ein Affront. Die Gemeinde ist kein Verein und kein KMU. Die Gemeinde hat eine grosse Verantwortung für kleine, mittlere und grosse Einkommen. Es handelt sich um einen Rundumschlag der SVP-Fraktion gegenüber der Gemeinde und den Verantwortlichen, welche sich über eine längere Zeit Mühe gegeben haben, dieses Budget vorzubereiten, so dass das Ergebnis nicht noch schlimmer ausfällt. Die SVP-Fraktion ist mit zwei Mitgliedern im Gemeinderat vertreten und mit zwei Personen in der Finanzkommission. Ausserdem ist sie die grösste Fraktion hier im Rat. Nun macht sie eine solche Rückmeldung mit einem plumpen Nein. Dies ist keine konstruktive politische Arbeit. Beim Sport würde man von unfair sprechen. Als grösste Fraktion stiehlt sie sich aus der Verantwortung, indem der Entscheid den anderen überlassen wird. Bei einer Rückweisung des Budgets passiert bis im März 2015 nichts. Die Gemeinde kann Bleistifte kaufen und die Löhne bezahlen, sonst geht nichts. Dies kann er und seine Fraktion nicht verantworten. Die Verantwortung wahr nehmen, heisst sich Zeit nehmen, Sachkenntnis einzubringen und nicht nur zu polemisieren. Die Verwaltung wird blockiert. Wegen einem strukturellen Defizit können wir ein Polizeiabkommen mit der Kantonspolizei nicht einfach kündigen. Dies bringt im Moment vielleicht einige zehntausend Franken und kostet vielleicht später noch mehr als jetzt. Die unschöne Finanzsituation ist von der Gemeinde mehrmals dargestellt und frühzeitig angemeldet worden. Es ist klar vom Kanton und dem Gemeinderat kommuniziert worden, dass die kantonalen Steuersenkungen einen wesentlichen Einfluss auf unsere Gemeindefinanzen haben. Dies ist ein Spiel mit dem Feuer. Man könnte auch beim Schwimmbad sparen. Schliessen oder öffnen wir dieses eine Woche früher oder später oder machen wir die Klassen in den Schulen grösser. Strassen sollen gebaut werden aber andernorts, wo es um Verantwortung geht, steht man auf die Seite. Dies ist keine konstruktive Verantwortung. Die Seebuslinie kann gestrichen werden, aber die Attraktivität von Spiez wird stark darunter leiden. Die soziale Selbständigkeit zu fördern ist aus eigener Erfahrung eine schwierige Übung und nicht einfach umzusetzen. Das Label Energiestadt geht in das gleiche Kapitel. Zu den Löhnen der Gemeindeangestellten kann ausgeführt werden, dass es wichtig ist, dass die Arbeiten richtig und zeitgemäss erledigt werden. Es ist keine verantwortungsvolle Politik und er fordert alle Fraktionen auf, dem Budget zuzustimmen.

Benjamin Carisch: Ein Vergleich zum Jahr 2012 zeigt, dass wir lediglich Fr. 700'000.00 an Mehrausgaben haben. Dies ist 1 % innerhalb von vier Jahren. In der gleichen Periode haben wir aber Fr. 1.4 Mio. Mindereinnahmen. Die Mehraufwände sind vor allem in den folgenden Produktgruppen zu finden:

- Support- und Querschnittsdienstleistungen
- Tiefbau
- Institutionelle Sozialhilfe
- Volksschule

Produktgruppen, welche seit 2012 gut gearbeitet haben sind:

- Soziale Sicherheit
- Liegenschaften
- Planung, Umwelt, Bau

Es wäre aber zu einfach gegriffen, sich hier auf einzelne Produktgruppen einzuschiessen. Wir haben nur Fr. 700'000.00 an Mehrausgaben. Unser Problem sind nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Mindereinnahmen. Diese sind nicht nur auf das FILAG zurückzuführen. Im Jahr 2012 gab

es eine Anpassung des Steuersatzes. Ohne diese hätten wir rund Fr. 900'000.00 Mehreinnahmen pro Jahr. Dies ergibt Fr. 75.00 pro Einwohner. Wir wussten, dass das Ergebnis so ausfallen wird. Deshalb kommen wir nicht um eine Steueranpassung herum. Er dankt allen, welche am Budgetprozess beteiligt waren. Er wird das Budget ebenfalls unterstützen.

Nadja Keiser: Für sie ist es ganz einfach. Alle Voten, welche sie bisher gehört hat, sind politische alle legitim, aber für das Budget 2015 zum falschen Zeitpunkt. Sie ist nun 10 Jahre im Rat und man hat jahrelang diskutiert und gestritten, auch mit der FDP-Fraktion „gefigtet“ und an Workshops erarbeitet, wann Eingaben zum Budget vorzubringen sind, damit diese eine Chance zur Umsetzung haben. Bis im April müssen die Eingaben für das kommende Budget vorliegen, damit diese ins Budget aufgenommen werden können. Das nun vorliegende Budget muss angenommen werden. Wir sollten intelligent genug sein, um eine Zwangsverwaltung durch den Kanton zu vermeiden.

Ursula Zybach: Sie hat die Diskussion aufmerksam verfolgt und möchte hier zuerst ihrem Erstaunen Ausdruck geben. Bei der Überprüfung der Behörden- und Verwaltungsorganisation und mit dem Beschluss der neuen Gemeindeordnung hat man sich dafür ausgesprochen, dass die Finanzkommission weiterhin als ständige Kommission erhalten bleibt, die vorberatend für den Gemeinderat tätig ist. Dort müssen solche Themen angegangen werden. Sie ist sehr überrascht, dass zwei Fraktionen das Budget nicht annehmen wollen. Es handelt sich um zwei Fraktionen, welche in der Finanzkommission vertreten sind. Dort wird zugehört, dort können solche Sachen eingebracht werden. Zu Hans Leuthold und Heinz Egli führt sie aus, dass sie ihre Bemerkungen dort einbringen sollen, dann kann der Gemeinderat handeln. Die Finanzkommission ist eine sehr wichtige Kommission. Sie hat sich immer stark für die Finanzkommission eingesetzt und macht dies auch jetzt. Es ist sehr angenehm mit den Mitgliedern der Finanzkommission zusammenzuarbeiten. Wir haben in Spiez ein strukturelles Defizit wegen FILAG und wir haben in den letzten Jahren etwas mehr Investitionen gemacht als in den Vorjahren. Man kann nicht mit kleinen Veränderungen Fr. 2 Mio. ausgleichen. Es ist wichtig, dass man Vorschläge einbringt, wie dies die SVP-Fraktion getan hat. Sie möchte kurz auf drei Punkte eingehen. Mit der Altersarbeit hat sich der Gemeinderat gut überlegt, ob man dies einführen soll. Das Pilotprojekt kostet pro Jahr Fr. 17'000.00. Man sollte jedoch daran denken, dass wir im Moment in Spiez 2'800 Personen haben, welche über 65 Jahre alt sind. Im Jahr 2030 werden wir 7'000 Personen haben. Bei Energiefragen kommen viele Projekte hier vor den GGR. Hier soll man vorbringen, wenn die Standards falsch sein sollten. Zum Stichwort Lohn hat der Gemeinderat lange diskutiert. Wenn man keine Lohnerhöhung gewährt, werden Fr. 60'000.00 gespart. Bei einem Defizit von Fr. 2 Mio. muss man sich bewusst sein, wo man sich befindet. Der Gemeinderat hat im vergangenen Jahr alle Aufgaben und Gebühren geprüft und dabei haben wir gesehen, dass es durchaus Sparpotenzial gibt. Einige Beispiele: Das Frei- und Seebad verursacht uns, ob schönes oder schlechtes Wetter, eine durchschnittliche Belastung von Fr. 250'000.00 die Eintritte können nicht kostendeckend angeboten werden, ausser wir würden erwarten, dass die Gäste neu einen um Fr. 10.78 höheren Betrag pro Eintritt bezahlen (Fr. 250'000.00 Defizit / 23'173 Eintritte). Der Gemeinderat hat entschieden, dass die Badi nicht geschlossen, sondern dieses Angebot weitergeführt wird. Spiez verfügt über drei Friedhöfe – in Spiez, Einigen und Faulensee, d.h. wir haben keinen Zentralfriedhof, auf dem beispielsweise ein Gärtner alle Aufgaben zentral anbieten könnte, sondern wir haben fast alle Aufwände dreimal. Und wenn wir die Beerdigungen kostendeckend anbieten würden, so würde dies bei rund 130 Beerdigungen pro Jahr rund Fr. 3'500.00 pro Beerdigung kosten (Nettoaufwand 2015: Fr. 459'600.00 bei 130 Beerdigungen). Der Gemeinderat hat entschieden, dass wir die Friedhöfe in Faulensee und Einigen weiterhin stehen lassen und nicht die vollen Kosten verrechnen. Sie ist froh um das Votum der FDP-Fraktion, welche zwar keine Freude hat, der aber klar ist, dass bei einer Ablehnung die Gemeinde in eine schwierige Situation gerät. Welche Auswirkungen hat ein abgelehntes Budget: Der Voranschlag ist dem zuständigen Organ noch im Vorjahr zur Genehmigung zu unterbreiten. Wird er verworfen und ist eine erneute Vorlage vor Beginn des Rechnungsjahres nicht mehr möglich, dürfen bis zum Beschluss nur unumgängliche Verpflichtungen, insbesondere für gebundene Ausgaben eingegangen werden. Trifft dieser Fall ein, informiert der Gemeinderat den Regierungsrat über das weitere Vorgehen. Die Gemeinde kann weitere Abstimmungen über Budget und Steueranlage durchführen. Ver-

fügt sie bis zum 30. Juni des Rechnungsjahres über kein Budget, beschliesst der Regierungsrat des Kantons Bern. Gebundene Ausgaben sind, wenn bezüglich Umfang, Zeitpunkt oder anderer Modalitäten kein Entscheidungsspielraum besteht. In den Fragen „ob“ eine Ausgabe getätigt, „wie“ die Aufgabe erfüllt und „wann“, das Vorhaben ausgeführt wird, hat die Gemeinde bei gebundenen Ausgaben somit keine Wahlfreiheit. Somit sind alle Ausgaben neu, wenn ein wesentlicher Entscheidungsspielraum offensteht. Im Zweifelsfalle ist eine Ausgabe neu. Im Falle einer Rückweisung des Budgets 2015 müsste diesen finanzrechtlichen Vorschriften nachgelebt werden, was in einzelnen Bereichen (z.B. Unterhalt von Strassen und Liegenschaften oder bei Investitionsprojekten) drastische Auswirkungen haben könnte. Genau hier soll nicht gespart werden, dies gäbe grosse Probleme. Der Kanton wird uns seine Rechnungen so oder so zustellen. In diesem Sinne, sollen sich die GGR-Mitglieder genau überlegen, ob sie der Ansicht sind, dieses Budget zurückzuweisen. Die Fraktionen haben ihre Möglichkeiten in der Finanzkommission Einfluss zu nehmen, Anträge zu Händen des Budgets 2016 einzureichen und hier dem Voranschlag zuzustimmen, damit die Gemeinde ihre Aufgaben im nächsten Jahr wahrnehmen kann.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 23 : 12 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31 g) und h) sowie 39 g) und h) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Die Produktgruppendefinitionen für die NPM-Projekte

- Gemeindeführung
- Support- und Querschnittsdienstleistungen
- Öffentlichkeit, Standortmarketing
- Volksschule
- Gesellschaft, Kultur und Sport
- Soziale Sicherung
- Institutionelle Sozialhilfe
- Finanzen
- Liegenschaften
- Planung, Umwelt, Bau
- Tiefbau
- Ver- und Entsorgung
- Sicherheit
- Feuerwehr, Zivilschutz, GFO

werden genehmigt.

2. Der Voranschlag für das Jahr 2015 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'075'400.00 wird genehmigt.
3. Die Steueranlage der Einkommens-, Vermögens- und Vermögensgewinnsteuer wird unverändert mit 1.65 Einheiten erhoben.
4. Die Liegenschaftssteuer wird unverändert mit 1,1 ‰ des amtlichen Wertes erhoben.

6. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 31 g) und h) der Gemeindeordnung.
7. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

164 1.401 Gemeindepräsident Informationen der Vizegemeindepräsidentin

Eröffnung Neubau Bibliothek/Ludothek/Verwaltung

Jolanda Brunner: Zwischen der letzten und dieser GGR-Sitzung konnte bekanntlich der Neubau Bibliothek/Ludothek/Verwaltung eröffnet werden. Es handelte sich um eine sehr schöne Feier und sie dankt den zahlreichen GGR-Mitgliedern für ihr Erscheinen an diesem Anlass und die gemeinsame Eröffnung des Neubaus. Sie schätzt, dass ca. 800-1'000 Personen am Tag der offenen Tür teilgenommen haben und das allgemeine Interesse vorhanden war. Mit dieser Eröffnung sind auch Räumlichkeiten im Gemeindehaus frei geworden. Diese wurden in der Zwischenzeit umgebaut. Mittlerweile ist sowohl der Abteilungsleiter Bildung wie auch die Bauverwaltung im Gemeindehaus angesiedelt. Diese Umzüge (Telefone, Computer etc.) haben dank den vielen Helfern im Hintergrund sehr gut funktioniert. Für die Abläufe innerhalb der Gemeindeverwaltung ist es eine grosse Erleichterung, dass eine gewisse Zentralisierung stattgefunden hat. Die Zusammenarbeit kann zur Freude aller so erleichtert werden.

Parkplatzbewirtschaftung

Ab dem 1. Januar 2015 wird die Parkplatzbewirtschaftung in der Gemeinde Spiez flächendeckend eingeführt. Ein entsprechender Vorstoss zum gleichen Thema wurde von Ueli Haldimann (FS/GLP) an der GGR-Sitzung vom 16. September 2013 eingereicht. Dies bedeutet, dass alle Gemeindeangestellten (inklusive Lehrpersonen und Werkhofmitarbeitende), welche einen Parkplatz benötigen, ab dem 1. Januar eine Parkkarte für Fr. 250.00 pro Jahr erwerben müssen. Personen, welche ein Anstellungsgrad von 50 % und weniger haben, bezahlen die Hälfte. Momentan werden die Parkplätze entsprechend markiert, diese Arbeiten sollten bis am 1. Januar 2015 abgeschlossen sein. Zudem werden noch einzelne Spezialfälle (Pikettdienst etc.) angeschaut und entsprechend abgeklärt.

Stellenausschreibungen

Wie die Ratsmitglieder wahrscheinlich festgestellt haben, sind momentan diverse Stellen bei der Verwaltung ausgeschrieben. Einerseits ist eine Fachperson Bau zur Besetzung ausgeschrieben. Für diese Stelle wird eine Person gesucht, welche als Vorarbeiter/in und Polier/in eine Tätigkeit bei der Abteilung Bau übernehmen wird. Die Frage, warum so eine Person gesucht wird, kann wie folgt beantwortet werden: Bei der Abteilung Bau sind momentan sehr viele Dinge im Gang, insbesondere auch gestützt auf die Ortsplanungsrevision. Es ist daher z.B. extrem schwierig, die ganzen Erschliessungen zu planen und vor Ort zu begleiten. Dazu kommt noch das normale Tagesgeschäft, welches auch noch erledigt werden muss. Momentan ist dies mit den verfügbaren Ressourcen nicht machbar. Auch gerade im Bereich Tiefbau/Strassen sind viele laufende Projekte hängig. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat entschieden, eine 100 % Stelle zu schaffen. Diese Stelle geht zu Lasten der entsprechenden Spezialfinanzierung. Weiter wurden im Rahmen der Ortsplanungsrevision bekanntlich entsprechende Mehrwertabschöpfungsverträge mit den jeweiligen Landbesitzern abgeschlossen. Diese wollen dann nicht 10 Jahre warten, damit sie mit allfälligen Bauarbeiten beginnen können, nur weil die Gemeinde ihren Aufgaben nicht nachkommen kann. Daher ist der Spielraum in diesem Gebiet nicht sehr gross und die Projekte müssen vorangetrieben werden. Weiter konnte dem Voranschlag entnommen werden, dass im Bereich Personalwesen (HR-Verantwortlicher) eine Stelle geschaffen werden soll. Auch dieser Entscheid hat sich der Gemeinderat mit Blick auf die finanzielle Lage der Gemeinde nicht einfach gemacht. Im Bereich Personalwesen hat der Gemeindepräsident die Personalverantwortung inne. Ihm zur Seite steht Reto Lüthi, Abteilungsleiter-Stv. Finanzen, welcher momentan zu rund 75 Stellenprozenten im Bereich Personalwesen arbeitet. Daneben arbeitet noch eine weitere Sachbearbeiterin der Abteilung Finanzen in diesem Bereich mit. Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass die Abteilung Fi-

nanzen früher vom Abteilungsleiter Finanzen und vom Abteilungsleiter-Stv. Finanzen mit je 100 % Stellenprozenten geführt wurde. Seit dem Jahr 2003 wurde dann der Abteilungsleiter-Stv. Finanzen immer mehr zum Personalverantwortlichen und die Aufgaben im Bereich der Stellvertretung konnten nicht mehr wahrgenommen werden. Zum Teil wurde auch ganz bewusst in Kauf genommen, dass keine effektive Stellvertreterregelung mehr möglich war. Mit Blick auf die Einführung von HRM 2 und den damit verbundenen Unsicherheiten und aufgrund der Tatsache, dass die Anforderungen im Bereich Personalwesen immer grösser werden, hat der Gemeinderat entschieden, dass eine 100 % Stelle in diesem Bereich ausgeschrieben werden soll. Es war ihr wichtig, den GGR hier entsprechend zu informieren. Dieser Entscheid ist dem Gemeinderat nicht leicht gefallen. Er ist aber zum Schluss gekommen, dass in den Bereichen Finanzen und Personalwesen nicht weiter auf diesem Niveau gefahren werden kann. Es wurde schon öfters festgestellt, dass aufgrund des Sparwillens gewisse Aufgaben nicht wahrgenommen wurden. Dies hat sich dann im Nachhinein gerächt. Bestes Beispiel ist sicherlich der Bereich Informatik, wo über eine lange Zeit nur das Nötigste investiert wurde. Es musste dann aber festgestellt werden, dass die ganze Telefonanlage im Neubau nicht hätte in Betrieb genommen werden können, weil die nötigen Updates schlicht nicht vorgenommen wurden. Auch im Bereich Sicherheit wurde in den letzten Jahren gespart. Dies kann ein paar Jahre gutgehen aber auf die Dauer funktioniert es so nicht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese Stellenschaffungen nötig und finanziell verkräftbar sind.

Frühförderung

Ursula Erni: Anlässlich der letzten GGR-Sitzung haben die Ratsmitglieder vom Gemeinderat die strategische Ausrichtung der Gemeinde Spiez erhalten. Unter dem Titel „Attraktives Wohnen und solidarisches Zusammenleben fördern“ wird bei den strategischen Zielen erwähnt, dass die Integration von allen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Wirtschaft und Gesellschaft aktiv gefördert werden soll. Als Legislaturziel wurde definiert, dass problematische Situationen rechtzeitig erkannt werden können. Im Fachchargon heisst dies „Früherkennung“. In der Vergangenheit haben die Sozialen Dienste festgestellt, dass es in Spiez einen hohen Anteil an jungen Erwachsenen gibt, welche von der Sozialhilfe abhängig sind. Ebenso konnte festgestellt werden, dass Kinder aus „belasteten“ Familien schon in früher Kindheit durch gewisse Defizite aufgefallen sind. Nicht selten haben Kindergärtnerinnen und Lehrpersonen ernüchternd festgestellt, dass sich eine ungünstige Entwicklung bereits in den ersten Lebensjahren manifestiert hat und sich die Chancen auf einen erfolgreichen beruflichen Einstieg bereits als erschwerend erweisen. Nach der ersten Zeit des lokalen Aufbaus der Frühförderung hat das Projekt Rückendeckung respektive Bestätigung seitens des Kantons erhalten. Dieser bestätigt, dass sich die Gemeinde auf dem richtigen Weg befindet. Ein entsprechendes kantonales Konzept zur Frühförderung bestätigt dies ebenfalls. Unter der Leitung der Sozialen Dienste treffen sich seit dem Jahr 2013 die Anbieter von Dienstleistungen für Kinder im Vorschulalter (0-4 Jahre) zweimal jährlich zu einem Runden Tisch hier im Lötschbergsaal. Anwesend sind dabei z.B. die Erziehungsberatung, die Mütter- und Väterberatung, die Spielgruppenleiterinnen u.a.m. Die primären Ziele dieses runden Tisches sind, die Angebote gegenseitig kennen zu lernen, diese zu koordinieren und untereinander besser zu vernetzen. In einem weiteren Schritt konnten die beteiligten Personen für eine Arbeitsgruppe gewonnen werden. Diese begleitet das Projekt, erstellt Situationsanalysen und arbeitet bei diversen Kernthemen (Erarbeitung eines Früherkennungsinstrumentes, Qualitätssicherung von Spielgruppen etc.) mit. Damit die Frühförderung in unserer Gemeinde gelingt, ist es zielführend, wenn die konkreten Gegebenheiten in der Gemeinde zuerst analysiert und dokumentiert werden. Die Sozialen Diensten haben von einem entsprechenden Angebot der Jacobs Foundation Gebrauch gemacht. Die Foundation wird die Sozialen Dienste von der Situationsanalyse, über das Konzept bis hin zur Umsetzung in Form einer fachlich-methodischen Beratung kostenlos in diesem Prozess begleiten. Folgende Zielsetzungen stehen dabei im Zentrum: Aufbau einer durchgehenden Betreuungskette von der Geburtsvorbereitung bis hin zum Vorschulbereich, gemeinsames Auftreten und die Schaffung eines niederschweligen Zugangs zum Angebot. Mit diesem Zugang soll sichergestellt werden, dass alle bzw. insbesondere belastete Vorschulkinder und Familien rechtzeitig Unterstützung erhalten. Dies soll dazu führen, dass die Ressourcen der Eltern und Kindern gestärkt werden können. So kann auch die Chancengleichheit für eine gesunde Entwicklung der Kinder unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft gestärkt werden. Eine weitere Zielsetzung ist zudem eine hohe Qualität der Angebote sicherzustellen. Inzwischen sind die Erkenntnisse aus der Situationsanalyse bekannt. Ebenso liegt das externe Gutachten des Marie Meierhofer Instituts für das Kind vor. Als

Stärken zeigen sich unter anderem die gute Zusammenarbeit unter den Anbieter sowie die funktionierenden Vernetzungen. Als Schwäche zeigen sich gleichzeitig das Fehlen eines aufsuchenden Angebotes zu den belasteten Familien, eine Qualitätsentwicklung und -sicherung der Spielgruppen sowie die zu späte Erkennung des Förderbedarfes in verschiedenen Bereichen (Sprachkenntnisse, Sozialverhalten, Konzentrationsfähigkeit, Motorik etc.). Diese Schwächen werden von den Verantwortlichen als Herausforderung für die Zukunft angesehen. Die Arbeitsgruppe hat sich vorderhand für drei Teilprojekte entschieden, damit nicht zu viel auf einmal gemacht wird. Es handelt sich dabei um die Qualitätsentwicklung und -sicherung der Spielgruppen, die aufsuchende Elternarbeit sowie um die Früherkennung. Es gibt noch deutlich mehr Informationen zu der anspruchsvollen und spannenden Umsetzung dieses Legislaturzieles. Wer gerne mehr über das Projekt erfahren möchte, kann sich bei Daniel Bock, Abteilungsleiter Soziales und Projektleiter, oder bei ihren Gemeinderatskolleginnen Jolanda Brunner und/oder Monika Lanz melden. Diese arbeiten ebenfalls in diesem Projekt mit. Sie zieht folgendes Fazit: Die Umsetzung der Frühförderung wird nicht gratis sein. Sie ist aber nachhaltiger, günstiger und ganz sicher gerechter als eine ungünstige Entwicklung eines Vorschulkindes.

165 1.304 Einfache Anfragen

Öffnungszeiten und Onlineschalter / Einfache Anfrage R. Werren (FDP)

Rino Werren: Die Gemeinde Spiez publizierte im SpiezInfo vom November 2014 die neuen Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung Spiez ab 01.01.2015.

Dort lobt man sich mit folgendem Text:

„Dabei wird dem häufig geäußerten Wunsch nach längeren Öffnungszeiten am Vormittag Rechnung getragen. Neu bleibt die gesamte Verwaltung am Mittwochvormittag geschlossen“. Diese Aussage ist paradox, oder regt einfach nur zum Schmunzeln an!

Die Aktuellen Öffnungszeiten sind wie folgt:

Monat – Freitag	: 09.00 – 11.30	14:00 – 17:00 Uhr
Donnerstag	: 09.00 – 11.30	14.00 – 18.00 Uhr

Die neuen Öffnungszeiten ab 01. Januar 2015 lauten:

Monat – Dienstag	: 08.30 – 11.45	14:00 – 17:00 Uhr
Mittwoch	: geschlossen	14.00 - 17.00 Uhr
Donnerstag – Freitag	: 08.30 – 11.45	14.00 – 17.00 Uhr

Die Gemeindeverwaltung hat zurzeit 28.5 Stunden in der Woche geöffnet, ab dem 01. Januar sind es sogar 29 Stunden. Trotzdem hat die Gemeindeverwaltung, im Gegensatz zu fast allen umliegenden Gemeindeverwaltungen, zwischen 1 bis 7 Stunden weniger lang geöffnet.

Eine SpiezInfo Ausgabe früher wurde auf den per 01. September aufgeschalteten Onlineschalter aufmerksam gemacht. Dieser soll der Spiezer Bevölkerung gewisse Dienstleistungen 24h zur Verfügung stellen.

In Gesprächen mit diversen Spiezer Bewohnern unterschiedlichen Alters hat er festgestellt, dass viele Fragen bezüglich des Dienstleistungsangebots der Gemeindeverwaltung und der Öffnungszeiten ungeklärt sind. Die FDP sieht sich veranlasst, einige dieser Fragen zu klären und bittet aus diesem Grund den Gemeinderat um eine ausführliche Beantwortung folgender Fragen:

- Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die Gemeindeverwaltung Spiez weniger lang geöffnet hat als viele der umliegenden Gemeinden? Wie rechtfertigt der Gemeinderat das fehlende Pensum gegenüber anderen Gemeinden?
- Wie argumentiert der Gemeinderat auf die Behauptung, dass die Gemeindeverwaltung Spiez keine kundenfreundlichen Öffnungszeiten hat?

- Das Publizieren des Onlineschalters und im Nachhinein und das Bekanntmachen der neuen Öffnungszeiten lässt vermuten, dass die Öffnungszeiten schon länger beschlossene Sache waren. Daher kommen folgende Fragen auf:
 - a. Stimmt diese Vermutung?
 - b. Wann, wie und wo wurde eine Umfrage über die Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung durchgeführt?
 - c. Durch welche Werte/Umfrageergebnisse wird im publizierten Text zu den neuen Öffnungszeiten das Wort „häufig“ definiert und welche anderen Wünsche wurden weniger häufig geäußert?
- Spiez hat viele Pendler, welche in Bern oder anderen Städten arbeiten. Wann sollen diese Spiezer Einwohner, mit einem Arbeitsweg von 1.5h oder mehr, am Besten in die Gemeindeverwaltung, ohne zulange von der Arbeit fern zu bleiben oder gar einen halben Tag frei nehmen zu müssen?
- Weshalb setzt die Gemeindeverwaltung Spiez nicht wie andere Gemeinden auf Kundenfreundlichkeit und hat zum Beispiel einmal in der Woche bis 19.00 Uhr geöffnet oder einmal im Monat an einem Samstagmorgen?
- Wie nimmt der Gemeinderat Stellung zu folgender Aussage: Eine Gemeinde hat für ihre Bürger da zu sein, nicht die Bürger müssen für die Gemeinde da ein.
- Welche Erleichterung soll der Onlineschalter der Gemeindeverwaltung bringen? Wie und wo kann der Onlineschalter Arbeitsaufwände verringern?
- Wie sicher ist der Onlineschalter?
 - a. Wird auf Seiten mit online auszufüllenden Feldern eine sichere Verbindung aufgebaut? Wie und wo ist diese sichtbar?
 - b. Werden die persönliche Daten verschlüsselt übertragen? Wo sind diese Hinweise zu finden?
 - c. Was passiert anschliessend mit den gesendeten Daten? Werden die Daten an Dritte weitergegeben oder extern gespeichert?
- Warum sind die Onlineformulare wie bei einer Forenregistration oder einer Webmail-Anwendung aufgebaut? Wäre es nicht vertrauenserweckender, interaktive, zertifizierte PDF's zu lancieren, welche sogar gespeichert oder gedruckt werden können?
- Wie konsequent und logisch ist der Onlineschalter, der nur halbwegs online zu bedienen ist?
 - a. Ist es der Gemeindeverwaltung ernst, dass Zahlungsvorgänge noch immer mit Briefmarken und Papierrechnungen zu begleichen sind?
 - b. Ist ein Onlinebezahlssystem in Planung?
 - c. Würde ein automatisches Zahlungssystem nicht Arbeitsressourcen einsparen?
- Hat der Gemeinderat beim Betrachten des Onlineschalters der Gemeinde Spiez nicht auch das Gefühl, es handle sich bei dieser Seite um eine unübersichtliche Sammlung an Links, nicht aber um eine professionellen Auftritt einer Gemeinde?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

166 1.304 Einfache Anfragen

Umfrage beim Gemeindepersonal zu möglichem Sparpotential / Einfache Anfrage B. Carisch (EDU)

Benjamin Carisch: Der Kanton Solothurn hat am 23. Juni 2014 einen Kurzbericht veröffentlicht anlässlich der Befragung von Kantonsangestellten, Lehrerschaft und Schulleitung zu Spar- und Massnahmenvorschlägen. Die Umfrage wurde zu verschiedenen Themen durchgeführt. Die daraus resultierten Ideen und Vorschläge wurden kategorisiert. Viele Vorschläge waren bereits in den

bestehenden Massnahmen des Kantons enthalten. Einige konnten nicht angegangen werden, da die Kompetenz dazu nicht beim Kanton lag. Und doch sind einige Vorschläge hängen geblieben, die dann näher angeschaut wurden und wahrscheinlich auch zu effektiven Sparmassnahmen geführt haben.

Die Personen, welche direkt mit den Prozessen zu tun haben, sollten eine gute Sicht für mögliche Leerläufe und Doppelspurigkeiten sehen. Er glaubt, dass in der Verwaltung für das Gemeinwohl mitgedacht wird und so auch von der Mitarbeitenden gute Vorschläge zu möglichen Sparmassnahmen zu erwarten sind. Ein Versuch wäre es bei der aktuellen finanziellen Situation der Gemeinde Spiez auf jeden Fall wert.

Fragen:

1. Hat der Gemeinderat bereits eine solche Umfrage beim Personal (nicht nur Abteilungsleiter) durchgeführt?
2. Wenn Ja: wurden Vorschläge von Angestellten umgesetzt und könne diese eingesehen werden?
3. Wenn Nein: Ist der Gemeinderat gewillt eine eigene Umfrage beim Gemeindepersonal zu möglichen Sparmassnahmen durchzuführen (dies muss nicht zwingend durch ein externes Institut erfolgen)?

Stellungnahme des Gemeinderates:

Jolanda Brunner: Der Gemeinderat hat in diesem Sinne keine Umfrage beim Personal durchgeführt. Bei der gesamten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung hat der Gemeinderat aber mit allen Abteilungen verschiedene Gespräche geführt. Dabei sind auch entsprechende Vorschläge von Mitarbeitenden eingeflossen. Im Ergebnis der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist aber nicht explizit erwähnt, ob ein Vorschlag von einem Abteilungsleiter oder von einem Mitarbeitenden stammt. Die Abteilungsleiter sprechen heute sehr viel mit ihren Mitarbeitenden und es wird entsprechend darauf geachtet, wie die Abteilung optimiert werden kann und Prozesse vereinfacht werden können. So können auch Kosten eingespart werden. Dabei handelt es sich um einen Dauerauftrag an die Abteilungsleiter und ihre Abteilungen. Für den Gemeinderat geht die einfache Anfrage in die richtige Richtung, eine entsprechende Liste über Sparvorschläge von Mitarbeitenden gibt es aber nicht.

Benjamin Carisch zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

167 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Vernehmlassung Kantonalen Richtplan 2013 / Interpellation W. Holderegger (SP)

Gegenwärtig ist der überarbeitete kantonale Richtplan 2030 in der Vernehmlassung. Nach eingehendem Studium dieses mehrere hundert Seiten umfassenden Werkes hat er festgestellt, dass einige Anliegen der Gemeinde Spiez aus seiner Sicht dort ungenügend berücksichtigt sind. Er geht davon aus, dass sich der Gemeinderat ebenfalls an der Vernehmlassung beteiligt und fragt deshalb an, ob der Gemeinderat bereit ist, die nachfolgenden Punkte in seine Stellungnahme einfließen zu lassen:

1. Wird die im Richtplanentwurf vorgesehene Siedlungsentwicklung von Spiez vom Gemeinderat ebenfalls in Frage gestellt?

Bei der OPR Spiez wurde ein Zusammenwachsen von Gwatt/Einigen-Spiez ausdrücklich abgelehnt. Auch dem eben veröffentlichten gemeinderätlichen Strategiebericht läuft diese Siedlungsentwicklung zuwider. Die vom Kanton geplante Siedlungsentwicklung lässt eine zusammenhängende Bebauung entlang der Verkehrsachsen zwischen Thun und Spiez bis Bürg

West als urbanes Kerngebiet offensichtlich zu. (Seite 10 Raumkonzept). Das rechte untere Thunerseeufer ist kein zukünftiges Vorbild für die Gemeinde Spiez.

2. Geht der Gemeinderat auch davon aus, dass die im Richtplanentwurf vorgesehene Zuteilung von Spiez zum urbanen Grossraum Thun falsch ist, und Spiez eher als eigenständiges Zentrum (wie z.B. Frutigen) aufgeführt werden müsste?

Es kann doch nicht sein, dass der wichtigste Verkehrsknoten im Berner Oberland in der Planung einfach als „Anhängsel“ von Thun geführt wird.

3. Hat der Gemeinderat ebenfalls festgestellt, dass die vom Kanton geplante Inertstoff-Deponie Stegweid im Richtplanentwurf neu als definitiver Standort aufgeführt ist?

Der Gemeinderat, der GGR und die Bevölkerung von Spiez wollen diese Deponie insbesondere wegen dem Zusatzverkehr durch Wohngebiete nicht!

4. Ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass sich das Fehlen eines Entwicklungsschwerpunktes ESP-Spiez für die Gemeinde in den nächsten 15 Jahren vor allem nachteilig auswirkt?

Er ist überzeugt, dass das Gebiet zwischen Bahnhof und Lötschbergplatz (entlang den BLS-Gleisen) und im Dreieck Lötschbergplatz – Kronenkreisel – Terminusplatz (Bahnhof-, Oberland- und Seestrasse) als Perimeter für einen ESP- Spiez geeignet und deshalb entsprechend in den Richtplan 2030 aufzunehmen ist.

Ergänzungen des Interpellanten

Walter Holderegger: Der zu überarbeitende kantonale Richtplan ist eine Vorgabe des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes und besteht seit einigen Jahren. Dieser Richtplan hat zum Ziel, die künftige Raumplanung für die nächsten 10-15 Jahren festzulegen und hat Auswirkungen auf diverse raumplanerische Aspekte (z.B. Siedlungen, Verkehr, Natur). Bei der Diskussion zum ersten Richtplan des Kantons Bern war er noch Mitglied des Grossen Rates. Er hat sich damals schon über viele gute Aussagen und Ansätze in diesem Bericht gefreut. Er hat sich aber auch für den Entwicklungsschwerpunkt Spiez engagiert, diverse Belange für die Gemeinde eingebracht und die urbane Zone „Grossraum Thun“ entsprechend kritisiert. Als Beispiel sei hier das Gebiet Interlaken Ost erwähnt. Nachdem dieses als Entwicklungsschwerpunkt (ESP) des Kantons aufgenommen wurde, konnte beim Bahnhof Interlaken Ost eine zweite Unterführung realisiert werden. Ansonsten wäre immer noch nur eine Unterführung vorhanden. In der entsprechenden Arbeitsgruppe der SP hat er sich seit längerer Zeit für dieses Projekt engagiert. Eine entsprechende Eingabe z.Hd. des Kantons und der Gemeinde wurde von der Arbeitsgruppe erarbeitet. Im Raumkonzept 2030 ist Frutigen als Zentrum Stufe 3 und Erlenbach als Zentrum Stufe 4 eingereiht. Spiez aber ist ein Anhängsel des urbanen Raumes Thun. Dadurch hat Spiez viele wichtige Zentrumsaufgaben verloren. So u.a. die Waldabteilung und das Regierungsstatthalteramt nach Wimmis respektive Frutigen und die AHV-Zweigstelle sowie das Zivilstandsamt nach Thun. Zudem konnte die Schlossbergschule nur mit viel Verhandlungsgeschick gerettet werden. Die urbane Zone verläuft, wie auf der Leinwand ersichtlich, von Thun am Ufer entlang über das Gwatt bis zum Bürwald West. Sie ist zudem mit dunkelroter Farbe markiert. Dies bedeutet, dass sie wie die rechte Seite des Thunersee-Ufers (Thun bis Gunten) überbaut werden könnte. Weiter stellt die geplante Inertstoffdeponie Stegweid bekanntlich eine grosse Belastung für Spiez, insbesondere aber auch für die Bevölkerung im Spiezwiler, dar. Dieser Tatsache ist sich sowohl der Gemeinderat als auch der GGR bewusst. Im neuen Richtplan ist die geplante Deponie aber bereits in ein Definitivum umgewandelt worden. Seine Interpellation soll breit diskutiert werden und auch weitere kritische Punkte von anderen Gemeinden ans Licht bringen. Gemäss Pressebericht hat die Gemeinde Wimmis bereits entsprechend reagiert. Er hat die Form der Interpellation (inklusive Antrag zur Diskussion im GGR) gewählt, um dem Gemeinderat mit einer Stellungnahme den Rücken politisch zu stärken. Die aufgeführten Punkte, und allenfalls weitere aus der Reihe der GGR-Mitglieder, können vom Gemeinderat geprüft und bei der entsprechenden Eingabe an den Kanton berücksichtigt werden.

Stellungnahme des Gemeinderates

Jolanda Brunner: Zum vorliegenden Geschäft liegen viele Unterlagen vor. Der Gemeinderat hat seine Antwort auf die Vernehmlassung noch nicht verabschiedet. Dies wird an der Sitzung vom 8. Dezember 2014 geschehen. Die Situation wird momentan nicht so interpretiert, dass das von Walter Holderegger erwähnte und geplante urbane Gebiet bis nach Spiez vollständig überbaut werden soll. Momentan gilt in diesem Bereich das erarbeitete RGSK (Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept) des ERT Thun. In diesem ist zwischen Thun und Spiez ein Gebiet mit Frucht- und Grünflächen und Wildwechsel vorgesehen. Dieses Gebiet darf nicht überbaut werden. Die Gemeinde war aus diesem Grund auch bei der Erarbeitung der Ortsplanungsrevision sehr stark gebunden, eine Einzonung/Erschliessung war trotz mehreren Begehren nicht möglich. Momentan sind die Siedlungsgränder im erwähnten RGSK klar definiert. Dieser Siedlungsplan muss dann anhand des Richtplans 2030 überarbeitet werden. Die Vernehmlassung zur Überarbeitung des RGSK wird in den Monaten Mai und Juni 2015 erfolgen. Die Gemeinde wird dann sicherlich eine entsprechende Stellungnahme einreichen. Dann muss auch noch die Frage geklärt werden, ob sich die Gemeinde dafür einsetzen muss, dass Spiez auch als eigenständiges Zentrum (Stufe 1,2,3 oder 4) angesehen wird. Bereits während der Erarbeitung des letzten RGSK waren seitens der Gemeinde entsprechende Bestrebungen im Gange. Damals schon sind diese Bemühungen aber gescheitert. Die Gemeinde wird sich weiter dafür einsetzen, dass sie eigenständig bleiben kann und nicht einfach der Agglomeration Thun zugeordnet wird. Es ist aber schon seit einigen Jahren so, dass die Gemeinde in diese Richtung gedrängt wird. Auch die Gemeinden Steffisburg und Heimberg werden der Agglomeration Thun zugerechnet. Das heisst aber auch, dass wir uns weiter für Spiez als eigenständiges Zentrum einsetzen werden. Bei der Inertstoff-Deponie Stegweid geht das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) momentan davon aus, dass diese benötigt wird und sie dementsprechend in die Pläne aufgenommen wird. Wie allgemein bekannt ist, hat der Gemeinderat gegen die geplante Deponie Beschwerde geführt. Diese wird mittels überwiesener Motion vom GGR unterstützt. Der Gemeinderat bleibt am Ball und wird sich entsprechend zur Wehr setzen. Zum ESP Spiez kann sie noch folgendes sagen: Momentan sind im RGSK der Bahnhof Thun, Areal Bahnhof Thun-West, Thun-Nord, Bahnhof Steffisburg, Berggebiet Heimberg-Süd sowie Thun-Süd-Südwest als ESP enthalten. Für Spiez ist einzig das Gebiet Kandergrien vorgesehen. Dies wurde wegen der einst geplanten Überbauung separat in das RGSK aufgenommen, bei der Ortsplanungsrevision wurde es hingegen nicht berücksichtigt. Bekanntlich ist diese Überbauung mittlerweile kein Thema mehr. Gerade bei der Diskussion mit dem ERT wird daher geschaut werden müssen, wo Spiez steht und wo ein allfälliger ESP in der Gemeinde in Frage kommen könnte. Sie denkt, dass der Interpellant einen Bereich erwähnt hat, der absolut in die ganze Diskussion einfließen kann. Mit der Ortsplanungsrevision wurden bereits entsprechende Voraussetzungen für die vorliegende Problematik geschaffen. Sie hofft, dem Interpellanten und den anderen GGR-Mitgliedern mit diesen Ausführungen zu dienen. Sollten die Ratsmitglieder noch Anregungen zur Vernehmlassungsantwort haben, so können sie diese gerne ihr oder einem anderen Mitglied des Gemeinderates mitteilen.

Walter Holderegger zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt. Er möchte aber gerne noch ein paar Worte dazu verlieren.

Der Vorsitzende erklärt, dass Walter Holderegger beantragt hat, dass eine Diskussion zu seiner Interpellation stattfinden soll. Eine Diskussion findet nur auf Beschluss des Rates statt.

Abstimmung

Eine Diskussion über die Interpellation wird **mit grossem Mehr abgelehnt**.

168 1.304 Einfache Anfragen**Erledigung parlamentarischer Vorstösse / Einfache Anfrage I. Grandjean (SP)****Ausführungen des Gemeinderates**

Jolanda Brunner: Die Motion für die Erweiterung der Kernzone ist so weit, dass die Erweiterung stattgefunden hat. Der Gemeinderat hat die Motion noch nicht zur Abschreibung vorgeschlagen, da es dem Gemeinderat ein Anliegen ist, dass nicht nur eine Einzonung stattfindet, sondern dass sich das Gebiet auch entwickelt. Der Gemeinderat ist bei diesem Thema noch am Ball. Bei den Schulen der Sekundarstufe II hat im diesem Jahr zum ersten Mal etwas stattgefunden. Im Moment ist man noch daran abzuklären, was man in Zukunft machen will. Deshalb hat man das Postulat noch nicht zur Abschreibung beantragt. Beim kommunalen Beschaffungswesen ist man daran, aufgrund der geänderten gesetzlichen Vorschriften, neue Leitlinien zu erarbeiten. Es ist bereits heute so, dass bei der Selbstdeklaration die Unternehmer ausfüllen müssen, ob sie die ILO-Kernarbeitsnormen berücksichtigen. Das heisst, dass die Kernarbeitsnormen die Zwangsarbeit und die Kinderarbeit verbieten, das Recht Gewerkschaften zu bilden, die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern fordert und die Diskriminierung untersagt. Der Umweltbereich ist dort noch nicht enthalten, wird aber bei der Beratung der Leitlinien angeschaut.

Irma Grandjean zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

169 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen**Task-Force zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung / Motion H. Egli (BDP)****Ausführungen des Gemeinderates**

Jolanda Brunner: Aus Sicht des Gemeinderates kann sie ausführen, dass man bereits früh festgestellt hat, eine breit abgestützte Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchzuführen. Am Anfang wollte man das Projekt mit einer externen Beratung angehen. Punktuell wurde eine externe Beratung beigezogen, welche mitgeholfen hat, hinzuschauen um blinde Flecken zu vermeiden. Der Gemeinderat hat das Gefühl, dass das was möglich war nun auf dem Tisch liegt. Der Gemeinderat hat sich gefragt, ob es wirklich nötig ist, das von der Motion geforderte Thema für den Beizug ausgewiesener Finanzfachleute weiterzuverfolgen oder nicht. Für den Gemeinderat ist klar, dass zusammen mit dem GGR geschaut werden muss, wie man weiterfahren will. Es geht nicht, dass der GGR in eine Richtung zieht und der Gemeinderat in eine andere. Wir müssen zusammen an einen Tisch sitzen und schauen, wie man weitergeht und die Gemeinde vorwärts bringt. Deshalb hat der Gemeinderat das Datum vom 15. Januar 2015 für einen runden Tisch festgelegt. Er will aber keine Task-Force einsetzen und beantragt deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Stellungnahme des Motionärs

Heinz Egli: Zum Schlusswort von Ursula Zybach bei der Budgetdebatte führt er aus, dass er als Mitglied der Finanzkommission im August 2014 zusammen mit den anderen Mitgliedern nach Sparmöglichkeiten gesucht hat. Dies war jedoch eher schwierig, als man erfahren hat, dass der Gemeinderat eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchgeführt hat. Die Massnahmen seien in einem Dokument niedergeschrieben, aber die Finanzkommission kennt den Inhalt nicht. Was soll man da als Mitglied der Finanzkommission machen. Wie soll man da frühzeitig einschreiten? Er hat dies moniert und der Gemeindepräsident hat ihm geantwortet, dass dies wohl schwierig sei und das Dokument am 16. September 2014 dem GGR verteilt werde. Eine vorgängige Verteilung an die Mitglieder der Finanzkommission sei nicht vorgesehen. Es sei sonst für die Finanzkommission schwierig abzuschätzen, was mit diesen Sparmassnahmen gemeint sei. So geht es nicht. Wir müssen selbstkritisch sein, wenn wir in solchen Kommissionen mitmachen. Wir alle wenden Zeit und Engagement auf bei der Kommissionsarbeit. Dann wollen wir wenigstens, dass man ernst

genommen wird. Nadja Keiser hat ausgeführt, wann man aktiv werden muss. Im Februar 2014 hat er eine Einfache Anfrage zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung gestellt. Man hat ihm erklärt, dass diese kommen werden und es ist nicht viel gegangen. Deshalb hat er anschliessend im Juni 2014 eine Motion betreffend Task-Force eingereicht. Auch die BDP-Fraktion hatte das Gefühl, dass der Gemeinderat den GGR nicht ernst nimmt. Die Motion soll ein konstruktiver Beitrag sein, damit eine breit abgestützte Diskussion geführt werden kann. Was braucht unsere Gemeinde, wohin gehen wir mit unseren Aufgaben, mit den Finanzen und der Steueranlage. Dies muss nun diskutiert und bis im April 2015 abgeschlossen werden. Dies gibt die Grundlagen, an welchen anschliessend weitergearbeitet werden kann für das Budget 2016. Es soll eine frühzeitige Weichenstellung sein. Es muss nicht erwähnt werden, dass eine Steuererhöhung in Anbetracht der bestellten Leistungen nicht im Kommabereich sein wird, sondern von ganzen Steuerzehnteln gesprochen werden muss. Der Gemeinderat hat anfangs November 2014 zu einem runden Tisch eingeladen, welcher im Januar 2015 stattfinden soll. Er ist sehr froh darüber. Er ist überzeugt, dass dieser runde Tisch ohne die Eingabe dieser Motion nicht durchgeführt worden wäre. Nun zu sagen, dass der Gemeinderat seine Führungsverantwortung wahr genommen hat und die Motion nun nicht überweisen will, versteht er nicht. Mit dieser Motion wird verlangt, dass nicht nur die Vertreter des Gemeinderates und des GGR anwesend sein sollen, sondern auch Finanzspezialisten. Diese müssen nicht aus Zürich oder Bern sein. Dies kann zum Beispiel auch unser Finanzverwalter sein. Dieser kann auch auf die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen hinweisen. An diesem Treffen soll ein Produktkatalog durchberaten und überprüft werden. Heute wurden bereits interessante Ansätze genannt. Daran soll gearbeitet werden. Wir bestellen bei der Verwaltung immer wieder Dienstleistungen, welche wir gar nicht vermögen. Hier müssen wir hinschauen. Sprechen wir deshalb einmal überparteilich über die verschiedenen Produkte. Er möchte noch einen Punkt erwähnen, welcher für die Überweisung der Motion spricht. Anhand einer Folie zeigt er einen Vergleich zwischen verschiedenen Gemeinden. Es ist der bereinigte Aufwand pro Einwohner und der Selbstfinanzierungsgrad ersichtlich. Dabei gibt es ähnliche Gemeinden in unserer Umgebung mit ähnlicher Struktur und Funktionen. Es werden also keine Birnen mit Äpfeln verglichen. Dies zeigt klar auf, dass die Motion überwiesen werden muss und Handlungsbedarf besteht. Sparen heisst handeln und handeln heisst führen. In diesem Sinne dankt er für die Unterstützung der Motion, welche schlussendlich uns allen nützen wird. Dabei schaut er speziell auf die linke Seite, von wo einzelne Voten gegen die bürgerliche Seite gefallen sind.

Fraktionssprecher

Albert Trummer (SP): Was soll diese Task-Force und was heisst Task-Force eigentlich? Im Wikipedia hat er gesehen, dass dieser Begriff aus dem Militär stammt und im 2. Weltkrieg seine Wurzeln hat. Heute steht dieser Begriff auch im Zusammenhang mit Krisenstab oder simpel Arbeitsgruppe. Wir sollen also neben all den verschiedenen Kommissionen, welche politisch zusammengesetzt sind, noch eine Arbeitsgruppe mit ausgewiesenen Spezialisten und Finanzfachleuten gründen. Man will also den Finanzverwalter und seine Leute bevormunden. Da hat die Gemeinde offenbar keine Finanzfachleute angestellt. Sollen diese Schuld daran sein, wenn der GGR ein Budget mit einem Defizit genehmigt? Er war der Ansicht, dass man als GGR-Mitglied wissen müsse, dass die Gemeinde keinen grossen Spielraum in der laufenden Rechnung hat, um grosse Einsparungen vorzunehmen. Sonst soll Heinz Egli vorschlagen, das Schwimmbad zu schliessen und den Winterdienst nur im Sommer durchzuführen. Dann kann niemand behaupten, seine Aufgaben seien gestrichen worden. Die SP-Fraktion ist deshalb der Ansicht, kein weiteres „Arbeitsgrüppchen“ einzusetzen, wo ausgewiesene Finanzspezialisten wohl kaum aus dem „Portokässeli“ bezahlt werden können. Er hat noch fast einen Rückkommensantrag zu Traktandum 3 stellen wollen, damit das Einreichen von solchen Motionen gebührenpflichtig sein soll. Die SP-Fraktion wird dieser Motion nicht zustimmen.

Anna Fink (EVP): Die Motion verlangt, dass eine Task-Force gegründet wird, welche zum Ziel hat, „aufzuzeigen, wie die Gemeinde Spiez ohne an Attraktivität zu verlieren, finanziell abgesichert in die Zukunft gehen kann.“ Dies ist sicher erstrebenswert. Dies ist sicher auch das Ziel, welches sich der Gemeinderat auf die Fahne geschrieben hat. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es keine neue Arbeitsgruppe. Die Finanzen liegen in der Kompetenz des Gemeinderates, unterstützt durch

die Finanzkommission, welche parteipolitisch zusammengesetzt ist. Heinz Egli hat vorhin ausgeführt, dass auch der Finanzverwalter Einsitz nehmen könnte. Stefan Christen ist bereits heute sehr stark in diesen Prozess involviert. Wie in der Antwort des Gemeinderates aufgeführt, ist im Januar 2015 ein Austausch mit den Parteispitzen vorgesehen. Dies ist sinnvoll. Für die EVP-Fraktion gibt es keinen Anlass eine zusätzliche Arbeitsgruppe oder eine Task-Force aufzustellen. Deshalb wird der Antrag des Gemeinderates unterstützt.

Louise Bamert (FS/GLP): Der Gemeinderat und die Verwaltung haben den Ernst der Lage bereits im Jahr 2013 erkannt und eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchgeführt. Am 15. Januar 2015 findet zudem eine Sitzung mit den Parteien zu diesem Thema statt. Der Einsatz einer Task-Force und den Beizug von externen Fachspezialisten wäre mit zusätzlichen Kosten verbunden. Die FS/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, die Motion nicht zu überweisen.

Allgemeine Diskussion

Patrick Bürchler: Er hat persönlich etwas Mühe. Man bekämpft sich gegenseitig und er kann dies nicht ganz nachvollziehen. Es geht hier um Lösungsvorschläge und nicht um Kampfansagen. Die sehr überlegte Motion soll der Allgemeinheit dienen und es soll niemandem ans Bein gepinkelt werden. Der Gemeinderat soll gestützt werden. Der Gemeinderat und die Verwaltung machen gute Arbeit. Dies wird mit der Motion nicht angegriffen. Es ist lediglich eine Hilfeleistung von Personen, welche in der Finanzwelt leben. Es gibt Leute in der BDP-Fraktion und auch in anderen Fraktionen, welche fähig sind, dort mitzuarbeiten. Er findet es persönlich schade, eine solche Idee einfach bachab zu schicken.

Andreas Grünig: Bei der Annahme des Voranschlages 2015 hat man nach ihm etwas verpasst. Wir haben die Verantwortung gegenüber unseren Nachkommen, unseren Finanzen, unserem Gut-haben und unseren Steuerzahlenden nicht wahrgenommen. Das Argument, dass die Gemeinde ihre Handlungsfähigkeit verliert, wurde durch die Annahme des Budgets abgewendet. Wir sind uns alle einig, dass wir uns solch negative Voranschläge nicht mehr lange leisten können. Eine Steuererhöhung sieht man als Lösung. Dies ist aus seiner Sicht für unsere Zukunft verantwortungslos. Es wurde erwähnt, dass wir langfristig vorausdenken müssen. Mit dieser Task-Force haben wir frühzeitig die Möglichkeit einzugreifen und gewisse Bahnen richtig zu lenken. Nehmen wir doch diese Chance wahr. Wir haben nichts zu verlieren und können alle Sparmassnahmen ausloten und so einer drohenden Steuererhöhung entgegenwirken. Er appelliert daran, diese Task-Force zu unterstützen.

René Barben: Er war sieben Jahre Mitglied der Schulkommission. Dort wurden grosse Aufgaben angegangen und man hat Lösungen gefunden, notabene über alle politischen Grenzen hinweg. Dies soll uns zeigen, dass man mit einem runden Tisch Nägel mit Köpfen machen kann. Wenn es um Sachpolitik, um Lösungen geht, können wir sehr gut miteinander sprechen. Er ist überzeugt, dass wir alle das gleiche Ziel haben. Wir wollen sparen, wo es nötig ist, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Sollte dies nicht möglich sein, kann man immer noch punktuell Spezialisten beiziehen. Er ist überzeugt, dass es politisch wichtig ist, den Willen zu bekunden, miteinander dort zu sparen, wo Potenzial vorhanden ist. Dies kann mit einem runden Tisch erreicht werden.

Abstimmung

- **Auf den Antrag des Gemeinderates**, die Motion nicht zu überweisen, **entfallen 22 Stimmen.**
- **Auf den Antrag des Motionärs Heinz Egli (BDP)**, die Motion zu überweisen, **entfallen 13 Stimmen.**

Beschluss

Die Motion Heinz Egli (BDP) betreffend Task-Force zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wird nicht überwiesen.

170 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen**Kosten/Nutzen/Sparpotenzial nicht zwingender Labels / Motion R. Werren (FDP)****Ausführungen des Gemeinderates**

Klaus Brenzikofer: Bei der Motion geht es darum aufzuzeigen, ob solche Labels überhaupt erforderlich sind und was diese kosten. Er hat in den letzten Jahren erfahren, egal ob man für oder gegen Labels ist, dass dies sehr stark mit der persönlichen Einstellung zusammenhängt. Als Landwirt ist er relativ „Labelgeschädigt“. Bei solchen Labels ist es schwierig, was alles zu den Aufwendungen dieser Labels gehört. Es wurde versucht die Kosten zusammenzustellen. Beim Beakom ist es nicht damit getan, einen Vertrag zu unterzeichnen, sondern muss Abklärungen treffen. Es gibt wiederkehrende Kosten, dass die Labels aufrecht erhalten werden können (Reaudits). Eine der Fragen betraf die Förderbeiträge, welche einen direkten Bezug zum Beakom und zum Energiestadtlabel haben. Das Energiestadtlabel wird von einem Verein vergeben, von welchem kein Geld ausgerichtet wird. Eine Anfrage beim kantonalen Amt für Umweltkoordination und Energie hat einiges ausgelöst. Es konnten jedoch keine Zahlen über allfällige Förderbeiträge geliefert werden. Es ist wichtig, dass die Planungs-, Umwelt- und Baukommission (PUB) den Auftrag erhalten hat, dem Gemeinderat genaue Fakten zu liefern, ob man noch weiterhin das Energiestadtlabel und das Beakom aufrechterhalten will oder nicht. Der Kanton macht bereits heute viele Vorschriften, welche die Gemeinde mit oder ohne diese Labels einhalten muss. Solche Labels sind heute nicht mehr so eminent wichtig wie vor 10 Jahren. Viele Sachen sind im Energiebereich von der Gesetzgebung her Standard. Die PUB und die Verwaltung werden sich diesem Thema in nächster Zeit annehmen und eine Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat erarbeiten. Zu den weichen Faktoren kann man je nach Einstellung ausführen, ob man zum Beispiel beim Fernwärmeverbund die Kosten als Gewinn oder als Kosten bezeichnen will. Dies kann verschieden betrachtet werden. Dass man Energie sparen und effizient mit dieser umgehen, Parkplätze bewirtschaften und ein Mobilitätsmanagement einführen muss, ist normal. Er kann diejenigen beruhigen, welche Angst bekommen haben, dass der Gemeinderat nun gleich aus dem Energiestadtlabel aussteigen will. Er hat letzte Woche von diesem Verein Post erhalten und die Gemeinde Spiez ist für die nächsten vier Jahre als Energiestadt aufgenommen und hat das entsprechende Label erreicht. Man hat nun Zeit genug zu überlegen, ob man das Label in Zukunft noch benötigt oder nicht. Deshalb empfiehlt der Gemeinderat, die Motion zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

Stellungnahme des Motionärs

Rino Werren: Er dankt für das Votum von Klaus Brenzikofer und allen Beteiligten für die Antwort. Bei der Antwort des Gemeinderates wurde explizit auf das Energiestadtlabel und das Beakom eingegangen und die entsprechenden Zahlen aufgeführt. Die Zahlen können nicht abschliessend beurteilt werden. Bei der Fragestellung in der Motion stand, ob man auf andere Labels auch noch verzichten kann. Diese Frage wurde leider nicht abschliessend beantwortet. Aus diesem Grund ist es relativ schwierig, sich eine Meinung über das effektive Sparpotenzial zu bilden. Im Jahr 2006 hat man insgesamt Fr. 50'000.00 investiert, um überhaupt den Beakom-Vertrag und das Energiestadtlabel zu erreichen. Die wiederkehrenden jährlichen Kosten betragen Fr. 14'600.00. Im Vierjahresrhythmus kommen nochmals Fr. 25'000.00 zusammen. Addiert man die laufenden Kosten mit einem Viertel der Reaudit-Kosten, welche für das Energiestadtlabel und den Beakom-Vertrag aufgewendet werden müssen, ergibt dies jährlich Fr. 20'850.00, welche wir für diese zwei Posten ausgeben. Auf den ersten Blick tönt dies nicht nach viel. Man darf aber nicht vergessen, dass man sich bei einem Ja für vier Jahre verpflichtet und es fallen Kosten von gesamthaft Fr. 83'400.00 an. Rechnet man die Kosten von Fr. 50'000.00 mit den jährlichen Kosten ab 2006 – 2014 kommen wir auf Fr. 216'800.00, welche wir bis heute ausgegeben haben. Der Gemeinderat hat den Antrag wieder gestellt und bis 2018 gehen weitere Fr. 83'400.00 weg. Dies gibt bis zur nächsten Aus-

stiegsmöglichkeit im Jahr 2018 gesamthaft einen Betrag Fr.300'200.00. Aus seiner Sicht ist dies kein kleiner Betrag. Es fragt sich, ob die Aufwendungen für eine freiwillige Energiestrategie gerechtfertigt sind. Ein Grossteil der zu erfüllenden Massnahmen sind deckungsgleich mit dem von Bund und Kanton verfolgten Energiestrategie 2050. Das Geld gehört nicht uns, sondern unseren Steuerzahlern. Wenn man diese fragen würde, hätten diese wohl keine grosse Freude, bei der heutigen finanziellen Situation der Gemeinde. Das Label hat nicht mehr die gleiche Kraft wie vor 10 – 15 Jahren. Die Situation hat sich geändert. Er ist nicht gegen eine nachhaltige Energiepolitik. Er ist aber der Ansicht, dass Spiez auch ohne diesen Vertrag und dieses Label gute Arbeit in diesen Bereichen leisten kann. Man weiss wie es geht und dies aus Erfahrung. Man weiss auch was es bedeutet, eine zukunftsorientierte und verantwortungsbewusste Politik zu betreiben. Die FDP-Fraktion wird das weitere Vorgehen des Gemeinderates mit Argusaugen verfolgen und wenn nötig ein Postulat einreichen, um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen. Er bittet die GGR-Mitglieder die Motion zu überweisen, aber nicht als erfüllt abzuschreiben. Es gibt einige Fakten, die fehlen und einige Fragen, welche nicht beantwortet wurden. Explizit handelt es sich um folgende Punkte. Hat Spiez allenfalls weitere Labels, welche nicht nötig sind? Dies stand als Fragestellung im Motions-text. In den Unterlagen des Gemeinderates ist man nur auf das Energiestadtlabel und das Beakom eingegangen. Ebenfalls nicht beantwortet wurde die Frage, anhand welcher Faktoren der Nutzen der Labels bewertet und wie über ein Aufrechterhalten entschieden wird. Diese Frage ist nur teilweise beantwortet. Interessant wäre, welche Fakten dafür berücksichtigt werden. Ausserdem fehlt, welche Fakten die PUB für ihre Beurteilung an den Gemeinderat verwenden wird. Das Fleisch am Knochen fehlt noch.

Fraktionssprecher

Irma Grandjean (SP): Die vorliegende Motion besteht aus Fragen. Diese wurden beantwortet. Deshalb kann diese überwiesen und als erfüllt abgeschrieben werden. Der Motionär möchte, dass die Gemeinde auf nicht zwingende Labels und Verträge aus Spargründen verzichtet. Die Gemeinde Spiez besitzt das Energiestadtlabel und den Beakom-Vertrag. Die Aufzeichnungen des Gemeinderates zeigen, dass mit diesen Aufwendungen von Fr. 28'000.00 pro Jahr entstehen. Aus Sicht der SP-Fraktion ist dieser Betrag verkraftbar. Trotz finanziell schlechten Verhältnissen der Gemeinde darf nicht überall der Rotstift angesetzt werden. Bei einem Verzicht auf das Energiestadtlabel würde an einem falschen Ort gespart. Warum? Als Begründung schreibt der Motionär, dass eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik auch ohne Label betrieben werden kann. Leider sieht dies in der Praxis anders aus. Bürgerliche Mehrheiten verlangen kostengünstigere Varianten und kümmern sich wenig bis gar nicht um eine nachhaltige Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Deshalb ist das Label Energiestadt zum heutigen Zeitpunkt für Spiez immer noch wichtig. Das Label ist verbindlich und die Richtlinien müssen eingehalten werden. Das Label Energiestadt ist ein Leistungsausweis für die Gemeinden, welche eine nachhaltige kommunale Energiepolitik vorleben und umsetzen. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltfreundliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen. Mit verantwortungsvollem Handeln kann die Lebensqualität gesteigert und das Klima geschont werden. Das Label ist eine Auszeichnung für eine konsequente und konsolidierte Energiepolitik. Dank eines Labels ziehen die Gemeinde, die Unternehmungen und die Bevölkerung am gleichen Strick. Dies ist wichtig. Deshalb ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass man am Energiestadtlabel festhält.

Daniel Brügger (GS): Für ihn hat die Motion folgende Aussage: Wir als FDP-Fraktion wollen keine Energie sparen und kosten darf es schon gar nichts. Die GS-Fraktion findet die Motion unnötig und quer in der Landschaft. Die GS-Fraktion will das Label behalten und zwar nicht weil es ein schöner Orden ist, den man sich umhängen lassen kann. Inputs, welche solche Reaudits geben, helfen uns im Bereich Energieeffizienz besser zu werden. Die GS-Fraktion will in diesem Bereich noch besser werden. Der Gemeinderat hat bei dieser Motion wieder etwas zu viel oder zu teuer gearbeitet. Eigentlich ist die Motion noch nicht überwiesen und muss deshalb noch nicht abgearbeitet werden. Er wird die Motion ablehnen und deshalb spielt es für ihn keine Rolle, diese zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Er lehnt diese ab. Er stellt aber keinen entsprechenden Antrag.

Patrick Bürchler (BDP): Die BDP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Beakom-Vertrag sofort gekündigt werden kann, da dieser nichts bringt. Wenn man das Energiestadtlabel und die Kosten von Fr. 83'000.00 genau betrachtet, stellt sich die Frage, ob der Nutzen gerechtfertigt ist. Er findet die Aussage von Irma Grandjean, dass Fr. 28'000.00 nichts sind, eher eine Frechheit ist. Zudem müsste geprüft werden, ob man das Energiestadtlabel weiterhin behalten will. Vielleicht kann man dieses auch früher kündigen. Falls dies möglich wäre, würde er dies vorschlagen. Den Worten des Motionärs, dass „nice to have“ Labels der Spiezer Bevölkerung kaum einen direkten Nutzen bringen, kann er sich anschliessen. Vielleicht sollte man auch weitere Labels untersuchen, welche noch in Spiez „herumgeistern“, noch in der Pipeline oder sonst noch am Laufen sind. Er bittet den Gemeinderat diesen Sachverhalt zu prüfen und abzuklären, ob diese allenfalls kündbar sind. Er bittet die Ratsmitglieder, die Motion nicht abzuschreiben.

Andreas Bürki (EVP): Die EVP-Fraktion schliesst sich dem gemeinderätlichen Antrag an. Allerdings mit einer nicht unwesentlichen Ergänzung. Es wird vermutet, dass bei der Beantwortung wesentliche Aspekte nicht berücksichtigt wurden. Konkret, dass es keine ausbezahlten Förderbeiträge gegeben hat. Dies müsste so nicht stimmen. Gemäss der Leistungsvereinbarung Beakom, Stufe 3, welche von Bern und Spiez im Jahr 2007 unterschrieben wurde, verpflichtet sich der Kanton zu Förderbeiträgen, das heisst, Unterstützung gemäss Massnahmenkatalog Spiez. Dieser Katalog ist in den Unterlagen enthalten. Die EVP-Fraktion ist der Ansicht, dass es dort Massnahmen gibt, welche abgerechnet werden könnten. Wenn dieses Abkommen nun gekündigt wird, verpassen wir diese Beiträge. Der Gemeinderat wird aufgefordert, das Nötige zu unternehmen, damit diese Beiträge nicht verloren gehen.

Allgemeine Diskussion

Benjamin Carisch: Bei der Motion geht es nicht darum, die Verträge zu kündigen, sondern genau abzuklären. Er versteht deshalb nicht ganz, warum diese Motion abgeschrieben werden soll. Das Anliegen des Motionärs wurde noch nicht ganz erfüllt. Deshalb sollte die Motion noch nicht abgeschrieben werden.

Abstimmung

- **Auf den Antrag des Gemeinderates** die Motion zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben **entfallen 6 Stimmen.**
- **Auf den Antrag des Motionärs** die Motion zu überweisen, aber nicht gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben **entfallen 24 Stimmen.**

Beschluss

Die Motion von Rino Werren (FDP) betreffend Kosten/Nutzen/Sparpotenzial nicht zwingender Labels wird überwiesen.

171 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Bahnhof Oberland Spiez / Motion SP-Fraktion (D. Bieri)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Fraktionssprecher

Walter Holderegger (SP): Die SP-Fraktion ist nach 13 Jahren seit der Einreichung und der damaligen Sicht bereit, diese abzuschreiben. Verschiedene damals vorgesehene Projekte werden heute ganz anders beurteilt. Der Bahnhof Oberland hat nicht mehr denselben Stellenwert und ist praktisch verschwunden. Der Bahnhof Thun wird heute von Spiez aus ferngesteuert. Beide Bahnhöfe wurden voll ausgebaut. Im Aaretal wird ein drittes Gleis geplant und ein ¼-Stundentakt ist im Gespräch. Die Lötschbergachse soll noch weiter ausgebaut werden, da die Zermattbahn einen Halbstundentakt einrichtet. Es gab viele Änderungen und die Motion kann namens des Motionärs abgeschrieben werden.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion der SP-Fraktion (D. Bieri) betreffend Bahnhof Oberland Spiez wird als erfüllt abgeschrieben.

172 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Bereinigung von vorschriftswidriger Tarifreduktion bei Abwassergebühren / Motion A. Sopranetti (SP)

Der Gemeinderat wird beauftragt, die heute geltenden Vereinbarungen mit der Nitrochemie Wimmis AG (NCW) so zu ändern, dass die vom Betrieb verursachten Abwasserkosten 1) so bald wie möglich, spätestens ab Januar 2016 vollumfänglich von der Verursacherin getragen werden. Wird bis Ende September 2015 keine Einigung auf Verhandlungsbasis erreicht, ist innert einem Monat der Rechtsweg zu beschreiten. Die Grundgebühr darf nicht gesenkt werden.

1) Betrag von der ARA Thunersee für die NCW der Gemeinde in Rechnung gestellt wird.

Begründung:

Die Gemeinde Spiez hat in den letzten 12 Jahren ungefähr 2 Millionen Franken an Abwasserkosten der verursachenden NCW nicht weiter verrechnet. Somit haben die Einwohnerinnen und Einwohner sowie das Gewerbe von Spiez die Abwasserrechnung dieses Betriebes indirekt mit durchschnittlich Fr. 170'000.-/Jahr und ohne Gegenleistung subventioniert.

Basis dieses Gebührenerlasses ist ein Infrastrukturvertrag zwischen der Gemeinde Spiez und der NCW vom 07.05.2001 sowie ein Vertrag über die Gebührenbemessung vom 01.03.2003. Das Gebührenreglement der Gemeinde Spiez kennt keine Möglichkeit für solche speziellen Reduktionen.

Die Situation ist dem Gemeinderat schon seit langem bekannt. Er ist seit einiger Zeit in Verhandlungen mit der NCW um die Situation Reglements konform zu machen. Dass der Betrieb kaum Interesse an einer raschen Lösung hat, liegt auf der Hand, da die Gemeinde Spiez durchschnittlich Monat für Monat Fr. 14'000.- (Basis 170'000.-/Jahr) der Abwassergebühren für die NCW übernimmt.

In der Antwort auf eine Einfache Anfrage anlässlich der GGR- Sitzung vom 18. September 2014 beschreibt der Gemeinderat sein weiteres Vorgehen: Er will es weiterhin auf dem Verhandlungsweg versuchen. Wenn dieser Weg nicht zum Erfolg führt, will der Gemeinderat den Klageweg ins Auge fassen.

Dieses „Geschenk“ ist für die Bevölkerung von Spiez und das Spiezer Gewerbe kaum verständlich und widerspricht jeglicher Gleichbehandlung. Es wurde schon sehr lange erfolglos verhandelt. In dieser Zeit hat die Gemeinde weiterhin zehntausende Franken Gebühren für die NCW übernom-

men. Mit der Überweisung dieser Motion kann nicht nur dem Gemeinderat der Rücken gestärkt werden, wir zeigen der Bevölkerung damit auch, dass unseren Gemeindefinanzen keine unangebrachten „Geschenke“ zugemutet werden sollen.

Der Motionär: André Sopranetti und 17 Mitunterzeichnende

173 1.300 Grosser Gemeinderat Wahlen

a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2015

1. Wahl des Präsidenten GGR

Vorschlag SVP **Jürg Staudenmann** (einstimmig)

2. Wahl der 1. Vizepräsidentin

Vorschlag der GS **Nadja Keiser** (einstimmig)

3. Wahl des 2. Vizepräsidentin

Vorschlag der EDU **Benjamin Carisch** (einstimmig)

4. Wahl von 2 Stimmenzählern

Vorschlag der EVP **Andreas Bürki** (einstimmig)
Vorschlag der SP **André Sopranetti** (einstimmig)

b) Geschäftsprüfungskommission /Präsidium und Vizepräsidium GPK für das Amtsjahr vom 1. Februar 2015 bis 31. Januar 2016

Wahl des Präsidenten GPK

Vorschlag FDP **Rolf Schmutz** (einstimmig)

Wahl des Vizepräsidenten GPK

Vorschlag SVP **Jürg Staudenmann** (einstimmig)

174 8.61 Gemeindebeiträge Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

Sprecherin des Ratsbüros GGR

Monika Wenger: Am 3. Oktober 2014 hat sie zusammen mit Didier Bieri die während dem Jahr bei der Gemeindeschreiberei eingegangenen Beitragsgesuche geprüft und ausgewählt. Dies war nicht ganz einfach, da zwischen 40 und 50 Gesuche eingegangen sind. Unbestritten ist, dass jede Organisation ein Anrecht auf Spenden hat. Dies ist jedoch nicht immer einfach zu überprüfen. Bei der Auswahl wurden folgende Kriterien berücksichtigt:

- Berücksichtigung von Organisationen, welche in den letzten 10 Jahren keine Beiträge erhalten haben.
- Unterstützung von Jugendlichen, Kindern und Familien
- Ausbildung zur Selbsthilfe
- Berücksichtigung von eher kleineren Hilfswerken
- 1/3 der Beiträge soll für Projekte in der Schweiz verwendet werden

Am Schluss sind fünf Beitragsgesuche verblieben. Anschliessend hat man sich für drei Projekte entschieden (zwei in der Schweiz und eines in Westafrika). Sie stellt die drei Projekte kurz vor:

- Wasser für die Dritte Welt
Dabei handelt es sich eher um eine kleinere Organisation. Dieses Geld ist für die Sahelzone Westafrikas, wo viele Kleinbauern mit der Wassernot zu kämpfen haben. Das Projekt Ernährungssicherung mittels Wasserpumpen hilft zu überleben. Insgesamt werden 1'600 Kleinbauern mit einem Bewässerungssystem begünstigt. 35 Handwerker erhalten eine Ausbildung im Pumpenbau. Seit 2012 produzierten diese einheimischen Handwerker 1'600 Pedalpumpen. Dies ist der richtige Weg zur Selbsthilfe.
- Tischlein Deck dich, Lebensmittelhilfe für die Schweiz
Dieses Angebot ist neu in Spiez und bietet Lebensmittelhilfe auch für die Spiezer Bevölkerung an. Das Angebot wurde 1999 mit zwei Abgabestellen und fünf freiwilligen Helfern in der Schweiz eröffnet. Diese Organisation hat sich heute auf 90 Stellen mit 1'900 freiwilligen Helfern erweitert. Seit September dieses Jahres gibt es auch in Spiez eine Abgabestelle beim Evangelischen Gemeinschaftswerk an der Kornmattgasse. Sozial schwache Personen können dort mit einer Bezugskarte, welche bei einer Sozialstelle der Region beantragt werden muss, Lebensmittel für einen symbolischen Betrag von Fr. 1.00 erwerben. Die Produkte sind in einwandfreiem Zustand und stammen aus Überproduktionen, haben eventuell einen Verpackungsfehler, oder eine kurze Haltbarkeitsdauer. Die Produkte werden in einer Plattform gesammelt und von dort aus den Abgabestellen verteilt. In Spiez wird die Abgabestelle von rund 30 Personen besucht. Das Betreiben der Abgabestelle kostet rund Fr. 30'000.00 pro Jahr. Damit werden Lebensmittel im Wert von Fr. 150'000.00 verteilt. Allfällige Fragen zu diesem Projekt kann auch Andreas Bürki beantworten, da er sehr stark in dieses involviert ist. Mit diesem Beitrag können direkt Bedürftige aus der Gemeinde Spiez unterstützt werden.
- Tel 143, Die dargebotene Hand
Jeder von uns kennt die Tätigkeit dieser Organisation. Sie begleitet Menschen in Krisensituationen. Beim Lesen des Jahresberichtes, glaubt man gar nicht, wie viele verzweifelte Menschen es gibt, die den Kontakt zur dargebotenen Hand suchen, um Hilfe zu erhalten. Es ist wichtig, diese Organisationen zu erhalten, deshalb wurden sie durch das Ratsbüro ausgewählt.

Unsere Beiträge sind ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein. Die Fr. 15'000.00 stehen zur Verfügung, ob es sich aber um eine Gemeindeaufgabe handelt, muss sie selber bezweifeln. Es liegt an uns selber, zu spenden.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Ratsbüros GGR
- gestützt auf Art. 40.1 c) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Hilfswerk Stiftung Wasser für die Dritte Welt wird für den Bau von Kleinbewässerungsanlagen in Westafrika aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.
2. Tischlein deck dich, Lebensmittelhilfe für die Schweiz wird aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.
3. Tel 143, Die Dargebotene Hand Bern wird aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.

Verabschiedungen

Reto Gerber hat seinen Rücktritt per 31. Dezember 2014 aus dem GGR bekannt gegeben. Er war von 2009 – 2014 im GGR vertreten. In dieser Zeit war er auch Mitglied der Sportkommission. Der Vorsitzende dankt ihm für seinen Einsatz und sein Engagement. Es ist nicht selbstverständlich, dass man diese Zeit auf sich nimmt und sich ehrenamtlich im GGR engagiert. Er hat sein Geschenk der Stiftung Bubenberg gespendet. Als Präsent wird ihm ein Blumenstrauss überreicht.

Reto Gerber: Er war sechs Jahre hier im Rat tätig. Dies auch dank den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, welche ihm das Vertrauen geschenkt haben. Er dankt auch den Fraktionsmitgliedern für die konstruktiven und guten Diskussionen sowie den guten Vorbereitungen zu den Sitzungen. Er dankt auch Gemeinderätin Monika Lanz und Parteipräsident Urs Gurtner für die Unterstützung. Er wünscht seiner Nachfolgerin Andrea Frost alles Gute. Es gibt manchmal auch mühsame Diskussionen hier im Rat. Solange diese im sachlichen Rahmen bleiben, hat dies absolut Platz hier im Rat. Er wird nicht von Spiez wegziehen. Er ist zurückgetreten, da er nach wie vor Weiterbildungen absolviert und nicht immer an den Sitzungen teilnehmen kann oder konnte. Deshalb macht er den Platz frei. Er wird weiterhin die politischen Geschehnisse aktiv mitverfolgen und als aktiver Steuerzahler tätig sein. Er wird damit auch einen kleinen Beitrag an die Sandanlage leisten. Er wird auch nicht wie andere Politiker auf ein steuerbares Einkommen von Null kommen. In diesem Sinne wünscht er allen alles Gute.

Irma Grandjean hat ihren Rücktritt per 31. Januar 2015 bekannt gegeben. Sie war seit 2004 hier im GGR vertreten. Sie war auch zwischen 2005 und 2013 Mitglied der Sozialkommission. Der Vorsitzende dankt auch ihr für das Engagement und die Zeit, welche sie für dieses Amt aufgewendet hat. Sie ist hier im Rat immer wieder engagiert aufgetreten und hat sich für ihre Themen mit Feuer eingesetzt. Er überreicht ihr als Geschenk Reka-Checks und einen Blumenstrauss.

Irma Grandjean: 12 Jahre sind eine lange Zeit. Es war eine gute Zeit und sie hat gerne diskutiert. Manchmal war es weniger lustig, wenn hart gekämpft wurde. Dies braucht es aber in der Politik. Wir sind nicht alle gleicher Meinung, wir sind eine Demokratie und dies schätzt sie an unserem System. Wir haben ein demokratisches System, welches wir als Bürger wahrnehmen dürfen. Sie macht dies weiterhin mit Herzblut. Sie wünscht ihrer Nachfolgerin Marianne Hayoz alles Gute.

Schlussbemerkungen

Didier Bieri: Dies ist sein letztes kleines Votum als GGR-Präsident. Er hat dieses Jahr sehr genossen. Er ist auch etwas stolz, dass er dieses Amt ausüben durfte. Er hat neue Leute und neue Situationen kennen gelernt. Er war auch froh für die Unterstützung, speziell durch Gemeindeschreiber Konrad Sigrist. Er war für ihn eine grosse Hilfe bei den Vorbesprechungen und während den Sitzungen. Er hat Blut geschwitzt, als er an einer Sitzung nicht da war. Er dankt auch allen GGR-Mitgliedern. Er hat die Sitzungen als sehr konstruktiv erlebt. Es war angenehm zuzuhören, auch wenn es einmal emotional und kritisch oder die Diskussion hart aber fair geführt wurde. Seine Familie hatte ein spezielles Jahr und er dankt seinem Vater für die Unterstützung während des gesamten Jahres. Den Ersatznerv hat er vergessen mitzunehmen. Er wird diesen Jürg Staudenmann an der nächsten Sitzung übergeben. Er wünscht Jürg Staudenmann alles Gute für das nächste Jahr.

Jürg Staudenmann dankt Didier Bieri für die umsichtige und souveräne Führung der GGR-Sitzungen. Er hat fünf Sitzungen präsiert und hat den Rat nie ins Abseits (oder Offside) driften lassen. Er hat die Geschäfte zügig und ausgezeichnet durchgezogen. Er hat mit Übersicht, Gelassenheit und Geduld den Zug auf den Geleisen gehalten. Dies war nun die letzte Sitzung als Parlamentspräsident. Er dankt ihm für die ausgezeichnete Arbeit und als Präsent überreicht er ihm einen Gutschein von BernCity im YB-Design begleitet von einem Blumenstrauss.

Im Anschluss an die Sitzung begeben sich die Ratsmitglieder zum traditionellen Aperitif in den Regezkeller und zum anschliessenden Nachtessen ins Restaurant Primo Amore, Spiez. Das Dessert und der Kaffee werden anschliessend im neuen Club „Das O“ serviert, wo Didier Bieri das Konzept und die Idee hinter dem neuen Club vorstellt.

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

D. Bieri

A. Zürcher